

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

1

VIII. Jahrgang

Druckort: Hamburg, Januar 1968

Einzelpreis 0,75 DM

2 5 21 3

Das Jahr 1967 war das Jahr der Wirtschaftskrise, das Jahr, in dem der oberflächliche Glaube vieler Lohn- und Gehaltsempfänger an die ungetrübte Fortdauer eines wirtschaftlichen Wohlstandes ins Wanken geraten ist und hoffentlich ein Ende gefunden hat. Bei Millionen Menschen in unserem Lande, die trotz ständigen Wirtschaftswachstums in den vergangenen Jahren immer noch von der Hand in die Hand leben, wurde die Erkenntnis wach, daß es auch in der Bundesrepublik eine kapitalistische Wirtschaft ohne Krise nicht gibt.

1967 war auch das Jahr der Großen Koalition. War es zu Beginn des Jahres noch die Hoffnung vieler, daß es der Kiesinger/Brandt-Regierung gelingen werde, die Krise zu beheben und die Wirtschaft auf eine feste Grundlage zu stellen, so sind im Verlauf der zwölf Monate Regierungszeit auch diese Hoffnungen geschwunden. Es gibt keinen Beweis dafür, daß die Politik der Bundesregierung imstande wäre, eine nachhaltige und andauernde Wirtschaftsbelebung zu bewirken, und die wiederholten Beteuerungen des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Schiller, die „Talsohle“ sei nun durchschritten, stoßen auf Unglauben. Bei Beginn des

Jahres sind in der Bundesrepublik immer noch rund eine Million Arbeitsplätze weniger vorhanden als 1966; und auch in den kommenden Monaten wird sich die Zahl der Arbeitsplätze nicht wesentlich erhöhen. Selbst wenn es gelingen sollte, eine leichte Besserung der Konjunkturlage zu erreichen, werden nicht alle Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozeß eingereiht werden können, und die wirtschaftliche Unsicherheit wird nicht verschwinden. Zwar sollen sich nach dem Willen des Wirtschaftsministers Schiller die Un-

ternehmerprofite um 27 Prozent erhöhen, aber die den Gewerkschaften in Aussicht gestellten Lohnerhöhungen sind so gering, daß sie nicht einmal ausreichen, die Preissteigerungen aufzulegen. Die „soziale Symmetrie“ des Wirtschaftsministers Schiller wird also durch die „konzertierte Aktion“ nicht erreicht werden können, sondern allein durch eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften.

Die Politik der Großen Koalition hat der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften deutlich gemacht, daß sozialdemokratische Minister in einer CDU/CSU-Regierung kein Ersatz für eine aktive Gewerkschaftspolitik sind. Weder haben die Gewerkschaften von dieser Seite eine Hilfestellung bekommen, wenn es sich um die Durchsetzung volkswirtschaftlich vernünftiger Lohnforderungen handelt, noch haben sozialdemokratische Minister dazu beigetragen, die Arbeitsplätze in den von Strukturkrisen betroffenen Wirtschaftszweigen zu erhalten. Es genügt also nicht, eine neue Regierung zu bilden, um im Prinzip die Politik der vorhergegangenen weiterzuführen. Angemessene Löhne, wirtschaftliche Sicherheit und Mitbestimmungsrechte für die Lohn- und Gehaltsempfänger können nur realisiert werden bei einer Veränderung der politischen Machtverhältnisse. Sich über diese politischen Aufgaben Klarheit zu verschaffen, sollten die ell Gewerkschaftstage, die 1968 stattfinden, eine gute Gelegenheit geben.

Notstands-Zeitplan veretleint ..	2
Ostermarsch 1968	3
■ Die unerfüllten Forderungen	4
Mit Lohnpolitik Konjunktur beleben	6
Mitbestimmung auf der langen Bank	7
■ Großer Nachholbedarf für 1968	8
Vom Wert der Sozialwahlen ..	11
Jahreswende — Krisenende? ..	12
Die ökonomische Lehre von Marx	14
■ Gegen Leitlinien für die Lohnpolitik	16
Verkehrsplan mit Fragezeichen ..	18

Ziel für 1968 aktive Lohnpolitik

ERINNERUNGEN

„Schwäbische Kindheit“ heißt ein Werk des Herrn Bundeskanzlers Kiesinger, das in einer Auflage von 10 000 Exemplaren für 6800 Mark von der Regierung aufgekauft wurde, um es an literarisch gebildete Bundesbürger weiterzugeben.

Der Dichter selbst, der sein Werk „ein Erinnerungsbild aus den grünen Lenzen meines Lebens“ nennt, ist sich der Größe seiner Schöpfung wohl bewußt: „Ein solcher Bilderkreis — froh, rein, unschuldig — ist eine heilige Mitgift für's ganze Dasein.“ Im übrigen kann man die „heilige Mitgift für's ganze Dasein“ vom Bundespresseamt für 98 Pfennig kaufen.

Gespannt aber darf man nach diesem Frühwerk des Bundeskanzlers auf weitere Lebensberichte sein. Besonders auf das „Erinnerungsbild“ aus der Zeit seiner Tätigkeit im Ministerium des Nazi-Außenministers Ribbentrop — „froh, rein, unschuldig“ selbstverständlich.

okokus

Den Notstands-Zeitplan vereiteln!

Hearings bekräftigten Willen des DGB zur Verteidigung des Grundgesetzes — Demokratie bleibt weiter gefährdet

Das vorläufig letzte Notstandshearing vor dem Innen- und Rechtsausschuß des Bundestages hat Mitte Dezember stattgefunden. Die SPD-Bundestagsfraktion erwägt, eine weitere öffentliche Sitzung vorzuschlagen, um noch einige maßgebliche Arbeitsrechtler anzuhören. Im 5. Hearing, das sich u. a. mit der „Sicherstellung von Arbeitskräften zur Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte im Zustand äußerster Gefahr“ beschäftigte, sprachen für die Gewerkschaften das DGB-Vorstandsmitglied Waldemar Reuter sowie Prof. Sontheimer aus Berlin und Jürgen Seifert von der Technischen Hochschule Darmstadt.

Besonders die Wissenschaftler sprachen sich entschieden gegen die Notstandsgesetze aus, während Walter Reuter, wie vor ihm Rosenberg, anstelle der Gesetzesbestimmungen die „freiwillige Selbstverpflichtung“ der Arbeitnehmer setzen wollte. Dabei begab sich Reuter noch auf den gefährlichen Weg, tarifliche Vereinbarungen vorzuschlagen für den Fall, daß die „freiwillige Verpflichtung“ nicht funktionieren würde. Es gäbe aber bei den Notstandsgegnern keinen Zweifel darüber, daß eine Änderung des Art. 12 des Grundgesetzes im Sinne der Notstandsgesetze nicht nur das Streikrecht aufheben, sondern auch die Koalitionsfreiheit in Gefahr bringen werde. Daß aber an dem Streikrecht auf keinen Fall gerührt werden darf, daran halten die Gewerkschaften eisern fest.

Zweifelloos ist es auf die Aktivität der außerparlamentarischen Opposition gegen die Notstandsgesetze zurückzuführen, daß überhaupt die Standpunkte und Argumente der Notstandsgegner in öffentlichen Sitzungen vorgetragen werden konnten. Es ist also keineswegs so, als könne man die „demokratische Anhörung der verschiedenen Standpunkte“ als Beweis für ein betont demokratisches Vorgehen der Regierungskoalition in der Notstandsfrage betrachten. Schließlich waren außer dem DGB Vertreter der übrigen demokratischen Opposition zu den Hearings nicht zugelassen, wie beispielsweise die Vertreter der Studenten, der Kampagne für Abrüstung und der DFU.

Aber alle Versuche haben dennoch nicht dazu geführt, die Öffentlichkeit von den Notstandsplänen der Koalitionsregierung zu überzeugen. Die Mehrheit der Sachverständigen hat bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Auffassungen in einzelnen Sachfragen den Regierungsentwurf zur Notstandsverfassung abgelehnt. Besonders die Vertreter der Gewerkschaften haben ihr entschiedenes Nein zu den Notstandsgesetzen auf den Hearings erneut öffentlich bekräftigt, obgleich die Abgeordneten der Koalitionsparteien immer wieder versuchten, die gewerkschaftlichen Notstandsgegner auf juri-

stische und staatsrechtliche Einzelfragen abzudrängen, was ihnen oft auch gelang. Es ist aber nicht die Frage, ob die Einzelbestimmungen der Notstandsgesetze demokratischen Grundsätzen mehr oder weniger widersprechen oder ihre Formulierungen den Gesetzesmißbrauch leichter oder weniger leicht möglich machen, vielmehr kommt es darauf an, den Zusammenhang aufzudecken zwischen der hartnäckigen Absicht der Koalitionsregierung, die Notstandsgesetze zu verabschieden, und der von ihr verfolgten Politik.

Daß diese Fragen nicht genügend zur Sprache gekommen sind, lag im wesentlichen daran, daß die Sachverständigen und die Gewerkschaftsvertreter in der Diskussion über Einzelfragen verzettelt wurden und damit die Aufhellung der politischen Hintergründe unmöglich wurde. In Wirklichkeit braucht die Koalitionsregierung Notstandsgesetze, um „im Sattel“ zu bleiben, auch wenn sie an der irrationalen Vorstellung von einer Revision der Grenzen, die durch den zweiten Weltkrieg entstanden sind, festhält und es ablehnt, eine reale Friedenspolitik zu betreiben.

Während der Hearings haben die Vertreter der Bundesregierung immer wieder argumentiert, ein bundesdeutsches Notstandsrecht sei notwendig, um die sogenannten alliierten Vorbehaltsrechte ablösen zu können. Dieses Argument wird aber durch seine ständige Wiederholung nicht glaubhafter, und nach wie vor steht keineswegs fest, daß die Westmächte nach der Verabschiedung einer Notstandsverfassung tatsächlich auf die Vorbehaltsrechte verzichten, die ihnen im „Deutschland-Vertrag“ von 1955 von der Adenauer-Regierung zugestanden worden sind. Es ist auch nicht vorstellbar, die Befehlshaber der in der Bundesrepublik stationierten alliierten Truppen könnten darauf verzichten, im „Zustand äußerster Gefahr“ für die Sicherheit ihrer Truppen das zu tun, was sie für richtig halten, ohne sich daran von einem bundesrepublikanischen Notstandsrecht hindern zu lassen. Wer Eingriffe der Alliierten im Falle eines Notstandes nicht will, muß eine Politik

verfolgen, die auf den Abzug ausländischer Besatzungstruppen vom Territorium der Bundesrepublik hinzielt, und dazu bedarf es keiner Notstandsgesetze.

Es wäre gefährlich, wenn sich die Notstandsgegner, und besonders die Gewerkschafter, nach Abschluß der Hearings der Illusion hingeben, die Notstandsgesetze seien schon halb von der Tagesordnung abgesetzt, weil im Verlauf der Debatten von den Mitgliedern der Bundestagsausschüsse der Eindruck erweckt wurde, als sei man bereit, die Vorlage noch einmal zu überprüfen. Besonders wird diese Meinung von den Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei verbreitet, wobei auf die Änderungsvorschläge der SPD-Bundestagsabgeordneten Matthöfer und Gscheidle hingewiesen wird.

Nun ist es durchaus möglich, daß angesichts des entschiedenen Druckes der Gewerkschaften die SPD gezwungen wird, verschiedene Abstriche an dem Regierungsentwurf vorzunehmen bzw. vorzuschlagen, um dem Widerstand gegen die Notstandsgesetze innerhalb der Partei und in den Gewerkschaften auszuweichen. Man darf sich jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Notstandsgesetze eine Gefahr für die Demokratie bleiben werden, ganz gleich, wieviel demokratische Pfästerchen zur Tarnung ihres wahren Charakters aufgeklebt werden. Für die Gewerkschaften kommt es nicht darauf an, eine bessere oder schlechtere Notstandsgesetzgebung zu akzeptieren, sondern sie überhaupt zu verhindern.

Trotz des starken Widerstandes in der Bevölkerung hat die Koalitionsregierung ihren Plan, die Notstandsgesetze noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden, nicht aufgegeben. Der Ausschußvorsitzende Wilhelmi (CDU) gab vielmehr am 5. Hearing schon den Zeitplan für die weitere Behandlung der Regierungsvorlage bekannt. Danach sollen bis Ostern die Ausschüßberatungen abgeschlossen sein und bis zum Beginn der parlamentarischen Sommerferien am 1. Juli 1968 die Gesetze im Bundestag endgültig beschlossen werden. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Barzel hat vor der CDU-Fraktion bestätigt, daß dieser Plan mit dem SPD-Fraktionsvorstand vereinbart worden ist.

Diesen Zeitplan der Koalitionsregierung können die Gewerkschaften und mit ihnen alle Kräfte der außerparlamentarischen, demokratischen Opposition nur durch einen gemeinsamen Abwehrkampf zunichte machen. Der Verlauf der Notstandshearings zeigt, daß die Anti-Notstandsopposition zu einer wirkungsvollen politischen Realität geworden ist. Die Verhinderung der Notstandsgesetze ist möglich bei einer verstärkten Aktivität, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Durchführung des Ostermarsches 1968. H. S.

Ostermarsch 1968

In diesem Monat Januar wird die Kampagne für Abrüstung eine Aktionskonferenz durchführen, um das politische Konzept und die Aktionen der Kampagne, insbesondere zum Ostermarsch 1968, zu diskutieren und festzulegen. Der Zentrale Ausschuss der „Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengeegner“ hat jetzt seine Zielsetzung für den diesjährigen Ostermarsch der Öffentlichkeit unterbreitet und zur Diskussion darüber aufgefordert. Er ist der Meinung, daß der außerparlamentarischen, demokratischen Opposition in der Bundesrepublik „in den letzten Monaten neue Aufgaben und neue Möglichkeiten zugewachsen“ sind. Die Große Koalition, die seit einem Jahr regiert, heißt es in der Erklärung der Kampagne für Abrüstung, habe zwar eine Politik der Entspannung und Verständigung und innenpolitisch ein konstruktives Konzept angekündigt, aber ihre Beteuerungen seien von der Wirklichkeit widerlegt worden. Deshalb wachse die außerparlamentarische Opposition gegen diese Politik. Die Kampagne für Abrüstung schlage vor, zu Ostern 1968 für Demokratie und Abrüstung, gegen Notstandsgesetze, gegen den Rüstungsstaat, für Sicherheit in Europa und gegen den Krieg in Vietnam zu demonstrieren.

Die Kampagne für Abrüstung, die sich als Teil der außerparlamentarischen, demokratischen Opposition betrachtet, entwickelt in ihren Vorschlägen bemerkenswerte Übereinstimmung mit Forderungen, die zunehmend und zum Teil schon seit langem in den Gewerkschaften der Bundesrepublik erhoben werden. Im einzelnen hält die Kampagne für Abrüstung folgende sieben Punkte für vordringlich:

- Wahrung der demokratischen Positionen des Grundgesetzes, Ablehnung jeder Notstandsgesetzgebung, Aufhebung der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze, Aufhebung der publizistischen Monopolstellung des Springer-Konzerns;

- Kürzung des Rüstungsetats, Verwendung der freiwerdenden Mittel für Sozial- und Bildungsinvestitionen, Beseitigung der offensiven Struktur der Bundeswehr als Schritt zu einer europäischen Friedensordnung, öffentliche Diskussion über die Aufhebung der Wehrpflicht;

- Initiative der Bundesrepublik für ein internationales Atomwaffenverbot, Verzicht auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen, Verzicht auf atomare Trägerwaffen, Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag;

- Initiative für eine europäische Sicherheitskonferenz, statt Verlängerung der NATO-Verträge 1969 Auflösung der Militärbündnisse zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa;

- Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen, Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, Anerkennung der DDR als Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den deutschen Teilstaaten und zur Annäherung an spätere gesamtdeutsche Lösungen;

- Distanzierung von der Militärdiktatur in Griechenland, Beitritt zur Klage der skandinavischen Staaten und der Niederlande gegen die griechische Diktatur bei der Menschenrechtskommission des Europarates;

- Schluß mit jeder Unterstützung des Krieges der USA in Vietnam durch die Bundesregierung, Eintreten für die Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam und für Frieden in Vietnam auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen.

Bei diesen Forderungen der Kampagne für Abrüstung handelt es sich praktisch um alle jene politischen Zielsetzungen, die heute in der Bundesrepublik Bestandteile einer demokratischen, sozialen und friedlichen Politik werden müssen. Sie decken sich mit zahllosen Beschlüssen regionaler und zentraler Gewerkschaftstagungen und -kongresse. Es liegt darum nahe, daß sich — wie schon in den letzten Jahren — auch 1968 wieder die Gewerkschafter aktiv und in steigender Zahl an Vorbereitung und Durchführung der Aktionen anlässlich des Ostermarsches beteiligen. Am Ostermarsch teilnehmen heißt für Demokratie, Frieden und Entspannung eintreten, heißt gewerkschaftliche Beschlüsse realisieren helfen.

-rt

Moskau warnt

Die jüngste Note der Sowjetunion hat in der Bundesrepublik bei den Ministern der Koalitionsregierung in Bonn Entrüstung ausgelöst, die unverständlich ist. Die Sowjetunion hat in ihrer Erklärung auf die gefährliche Entwicklung der neofaschistischen NPD hingewiesen und u. a. erklärt, es gebe in der Bundesrepublik Politiker, die offensichtlich nicht abgeneigt wären, das Erstarren „der neonazistischen Kräfte zur Stützung der Politik der Bundesregierung“ zu benutzen. Die Entrüstung Bonns ist um so unverständlicher, als diese Vorwürfe keineswegs erst jetzt von der Sowjetunion erhoben werden, sondern in gleicher Weise auch aus Paris und London ernsthafte Bedenken gegen das Wiedererstarken des Neonazismus in der Bundesrepublik laut geworden sind.

Aber nicht nur im Ausland, sondern auch in der Bundesrepublik wird seit Jahren von Politikern und Gewerkschaftern, denen es ernst ist mit der Erhaltung der Demokratie, auf die Gefahr des Rechtsradikalismus hingewiesen und eine grundsätzliche Änderung der Innen- und Außenpolitik gefordert, weil nicht zu übersehen ist, daß

auf dem Boden der CDU/CSU-Politik der Neonazismus bestens gedeiht.

Der Vorwurf, die sowjetische Note sei antiddeutsch und mache den Versuch, die Bevölkerung der Bundesrepublik mit dem Neonazismus zu identifizieren, trifft nicht zu. Es heißt im Gegenteil in der Note, daß sich die Sowjetunion ernsthaft für die Herstellung guter Beziehungen zwischen den beiden Völkern einsetzt, um den Interessen des europäischen Friedens zu dienen. Wörtlich heißt es: „Der Sowjetregierung liegt es fern, die Anschauungen und Stimmungen der Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik mit der Haltung der eingeleiteten Revanchisten und Neonazis zu identifizieren. Die sowjetischen Menschen wissen, daß es in Deutschland Kräfte gab, die sich dem hilterfaschistischen Terror nicht beugten. Derartige Kräfte gibt es auch in der westdeutschen Bevölkerung.“

In der Sowjetnote wird zum Ausdruck gebracht, was auch in der Bundesrepublik selbst einen großen Teil der Menschen bewegt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften haben wiederholt das Verbot der NPD verlangt, weil sie aus den Erfahrungen der Weimarer Republik wissen, daß der Rechtsradikalismus eine ernsthafte Gefahr für den Bestand der demokratischen Freiheiten in der Bundesrepublik bedeutet und daß diese Gefahr um so größer ist, als das Aufkommen des Neonazismus zusammenfällt mit dem Versuch der CDU/CSU, durch die Notstandsgesetze die antinazistischen Widerstandskräfte zu knebeln und zu unterdrücken. Es ist mehr als ein fadenscheiniges Argument, wenn die Bundesregierung erklären läßt, daß die Voraussetzungen für ein Verbot der NPD nicht gegeben seien, während der sozialdemokratische Minister Wehner die Feststellung getroffen hat, die NPD sei eine „antidemokratische Partei“.

Es ist eine Herausforderung für jeden aufrechten Demokraten, wenn sich die Bundesregierung weigert, die Kommunistische Partei, die in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft den höchsten Blutzoll gezahlt hat, wieder zuzulassen, aber auf der anderen Seite darauf verzichtet, die neofaschistische NPD aufzulösen. Und das, obwohl der Artikel 139 des Grundgesetzes ausdrücklich alle Vereinigungen verbietet, die nazistischen Gedankengut verbreiten. Es ist nicht mehr nötig, Beweise dafür zu suchen, daß die NPD auf jeder ihrer Versammlungen und Kundgebungen nazistisches Gedankengut verbreitet. Eine Regierung aber, die das übersieht bzw. aus dieser Tatsache nicht die entsprechenden Konsequenzen zieht, handelt verfassungswidrig.

sr

Die unerfüllten Forderungen

**Ein ganz kläglicher „Leistungskatalog“ Helmut Schmidts
Die „Welt der Arbeit“ ist kein „Koalitionsanzeiger“**

In dem Maße, wie aus den gewerkschaftlichen Reihen die Kritik an der Politik des sozialdemokratischen Koalitionspartners in Bonn wächst — und sie wächst bemerkenswert schnell —, bemüht sich, wie es scheint, die „Welt der Arbeit“, diese Kritik abzufangen. Immer häufiger kommen neben Redakteuren der WdA bekannte SPD-Politiker und Funktionäre selbst zu Wort, um ein Hosianna auf eben diese in die Schußlinie geratene Politik anzubringen. Gleichzeitig scheinen die Spalten des DGB-Organs für die Kritiker verschlossen zu sein. Die Frage ist aber, ob sich der DGB mit der Arbeit der Großen Koalition, die doch von der Sozialdemokratischen Partei verantwortlich mitgetragen wird, zufrieden erklären kann.

JELO schafft es offenbar nicht mehr allein, diese Politik zu rechtfertigen. Die Taktik des Chefreporters der „Welt der Arbeit“, Klaus Jelonneck, für je einen Opportunitäts-Nadelstich gegen die SPD gleich drei Rechtfertigungs-Lanzen für sie zu brechen, genügt nicht mehr, um in den Gewerkschaften das unzufriedene Murren verstummen zu lassen. So gab man in der WdA Nr. 45 vom 10. 11. 67 Bundeswirtschaftsminister Schiller eine halbe Seite, angeblich für einen Gratulationsartikel zu Otto Brenners 60. Geburtstag. Ungewöhnlich wie dieses Verfahren war auch das Ergebnis: Schiller gratulierte nicht Brenner, sondern sich selbst — zu seiner Wirtschaftspolitik.

In Nr. 46 vom 17. 11. belehrte Jelonneck die gewerkschaftlichen Kritiker der SPD-Politik mit dem Spruch des Weisen: „Volkspartei‘ sein, Regierungsverantwortung in Bonn tragen — das ist etwas anderes als auf der Oppositionsbank sitzen.“ Wenn JELO damit hat sagen wollen, daß man auf der Oppositionsbank leider nur Versprechungen machen könne, aber jetzt in der Regierungsverantwortung endlich Gelegenheit habe, die Worte zu realisieren, dann hätte seine Weisheit noch einen guten Sinn; aber er scheint es als völlig normal zu nehmen, daß auf der Oppositionsbank fleißig geschwätzt werden darf, um in der Regierungsverantwortung nach dem Motto zu verfahren: Was geht mich mein dummes Geschwätz von gestern an?

Eine Woche später, am 24. 11., berichtete die „Welt der Arbeit“ in ihrem Hauptartikel auf Seite 1 ausführlich und völlig kritiklos von der Godesberger Funktionärkonferenz der SPD Widerspruchslos kolportiert Jelonneck Georg Lebers These von der „Übereinstimmung . . ., die zwischen dem Grundsatzprogramm des DGB und der durch den SPD-Minister Schiller praktizierten Wirtschaftspolitik besteht“. Kennt JELO das Grundsatzprogramm nicht? Oder ist er lediglich „objektiver Berichterstatler“? Keineswegs, er weiß sehr wohl zu kommentieren, nämlich dann, wenn er es für richtig hält, wie z. B. im letzten Satz des Artikels: „Klar ist seit voriger Woche jeden-

falls, daß das Barometer der SPD auf ‚betont arbeitnehmerfreundlich‘ steht.“

Also schweigt doch endlich, ihr Kritiker der Notstandsgesetze, ihr Kritiker der mittelfristigen Finanzplanung, der konzertierten Aktion usw.!

Wie JELO übrigens diese Leute, denen der Beschluß des DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetze nicht nur Lippenbekenntnis ist, die für die Verwirklichung des DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramms Taten erwarten und selbst zu Taten bereit sind, wie er sie einschätzte, schrieb er wiederum eine Woche später in WdA Nr. 48 vom 1. 12. 67, ebenfalls im Hauptartikel auf Seite 1. Anlässlich der Gründung der „Demokratischen Linken“ in Baden-Württemberg schreibt er und kehrt dabei so recht sein Innerstes nach außen: „Das Rezept, nach dem der Links-von-der-SPD-Brei zum Kochen gebracht werden soll, ist einfach. Alle Unzufriedenen will man sammeln: Leute, die unzufrieden sind mit der SPD, mit der Großen Koalition, Deutschen und Kommunisten, Pazifisten und Anarchisten, Fromme und Unfromme, kurz: Meckernde aller Farben, alle Protestler, soweit sie nicht schon unrettbar zur NPD abgeschwommen sind. Vor allem aber: unzufriedene Gewerkschafter.“ (Solche „Meckernde“ also auch!)

Nachdem in derselben Ausgabe auf Seite 3 Julius Lehlbach das Wort zur Darstellung der Zielsetzung der in Rheinland-Pfalz gebildeten Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Gewerkschafter erhalten hatte, traten in der nächsten WdA, in Nr. 49 vom 8. 12., gleich zwei Rechtfertiger der SPD-Politik ins Rampenlicht. Fritz Rüstow bemühte sich, dem Leser einzureden: „Willy Brandts Zähigkeit hat sich ausgezahlt.“ Angeblich soll es Brandt gelungen sein, den „Abschied von der Hallstein-Doktrin“ einzuläuten. Kein Wort davon, daß Bundeskanzler Kiesinger, der eben erst von seiner Asienreise zurückgekehrt war, Indien, Pakistan und Ceylon nachdrücklich gewarnt hatte, diplomatische Beziehungen, gleich in welcher Form, zur DDR aufzunehmen, andernfalls . . . siehe Hallstein-Doktrin.

In einem weiteren Artikel „SPD: Ja zur Mitbestimmung“ findet der Sprecher des SPD-Vorstandes, Frank Sommer, trostreiche Worte für die Gewerkschafter: „Die Sache der Arbeitnehmer, die die Mitbestimmung wollen, damit aus Wirtschaftsuntertanen mündige Wirtschaftsbürger werden können, ist auch die Sache der SPD.“ (Und sie wird es, auf dem Papier, auch immer bleiben?)

Aber dann: Die „Welt der Arbeit“ Nr. 50 vom 15. 12. 67 serviert ihn höchstpersönlich, den Großmeister aller politischen Klassen — Helmut Schmidt. Er, dem die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Gewerkschafter von Hessen-Nord erst am 1. Dezember wegen Beschimpfung opponierender sozialdemokratischer Gewerkschafter in einem offenen Brief nahegelegt hatte, „sich zur Frontbewährung als Unterkassierer in ein von Zechenstilllegungen bedrohtes Stadtgebiet im Ruhrgebiet abkommandieren zu lassen“ — er bewährt sich nun in der WdA. Auf eineinhalb Zeitungsseiten und mit rund 1000 Druckzeilen versucht er unter der fetten Schlagzeile „Sozialdemokratie und Gewerkschaften zum gleichen Ziel unterwegs“ den Nachweis zu erbringen, wie sehr sich der sozialdemokratische Partner in der Großen Koalition für die Interessen der Gewerkschafter und Arbeitnehmer ins Zeug gelegt habe.

Wie dürftig die Ergebnisse sozialdemokratischer Mitarbeit in der Koalitionsregierung für die Arbeitnehmer ausgefallen sind, wird dem Leser der Schmidtschen Rechtfertigungszeilen erst so richtig klar, wenn er aus der Feder des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag den enormen „Erfolgskatalog“ erfährt. Schmidt beginnt seinen Artikel mit einer sensationellen Neuigkeit, nämlich, „daß sich diese Bundesregierung in größerem Maße als jede andere, die unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen im Bundestag denkbar wäre, die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zu wahren bemüht“. Beweis, laut Schmidt: Sie hat die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung zu ihrer „wichtigsten Aufgabe“ gemacht.

Die Frage der Arbeitnehmer ist aber, ob diese „Aufgabe“ mit dem kritisierten Gesamtkonzept der Regierung jemals zu lösen ist. Wenn eine Regierung heute als Verdienst herausstreicht, solche Selbstverständlichkeiten anzustreben, die schon Bismarck und Wilhelm II vorgaben anzustreben, so muß sie das vor allem dadurch glaubhaft machen, daß sie zugunsten der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer auf die ruinöse Rüstungs- und Großmachtpolitik verzichtet. „Vollbeschäftigung“ gab es schon mal unter Adenauer/Erhard; jedoch was wird von der Großen Koalition fundamental verändert, damit das kapitalistische System endlich den simpelsten Anspruch des Menschen, den Anspruch auf Arbeit und ein sicheres Leben,

einigermaßen garantieren kann? Schmidt hat in dieser Richtung nichts vorzuweisen.

Er behauptet, das Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität, die mittelfristige Finanzplanung und die konzentrierte Aktion seien Maßnahmen, mit denen „wichtige Teile der wirtschaftspolitischen Grundsatzprogramme von SPD und DGB verwirklicht“ worden seien. In Wirklichkeit handelt es sich hinsichtlich ihrer praktischen Auswirkungen bei diesen Maßnahmen um solche, die die Bonner Finanzmisere „planmäßig“ auf Kosten sozialer Ansprüche der Arbeitnehmer beseitigen, die Investitionsbereitschaft der Unternehmer durch „planmäßige“ Gewinnanreize aus Steuermitteln beleben und die Lohnpolitik der Gewerkschaften (nicht die Gewinne, Dividenden und Preispolitik der Unternehmer) in den Griff von Regierung und Unternehmerverbänden bringen sollen. Von einer unter Mitwirkung der Gewerkschaften zustande gekommenen Wirtschaftsplannung zur Stabilisierung der Wirtschaft kann nicht die Rede sein. Schmidt stellt ausgerechnet Dinge als Erfolge heraus, die in den Gewerkschaften auf wachsende Kritik stoßen, je mehr ihr wahrer Charakter durch die Praxis bloßgelegt wird.

Auch seine Behauptung, daß der Ausgleich der Finanzen „im wesentlichen bereits erzielt“ wurde, ist eine glatte Unwahrheit. Eine Woche zuvor hatte Bundesfinanzminister Strauß (siehe „Die Welt“, 8. 12. 67) andere Töne angeschlagen: Die mit der mittelfristigen Finanzplanung vorgenommenen Streichungen im Sozialhaushalt in Höhe von 11,3 Milliarden DM seien zu gering; eine abermalige Durchforstung des Sozialbereichs sei nötig. Eine langfristige Konsolidierung der Bundesfinanzen sei noch nicht erreicht. Es müßten schon bald Überlegungen angestellt werden, wie die ab 1969 zu erwartenden weiteren Finanzlücken zu schließen seien. Ab 1971 werde sich die zu erwartende Belastung noch stärker erhöhen. — Während Schmidt auf S. 3/4 der WdA die „Erfolge“ sozialdemokratischer Koalitionsarbeit feiert, lautet die Schlagzeile auf S. 1: „Strauß droht mit weiterer Kürzung des Sozial Etats.“

Schmidt bedauert jedoch, daß — um den Finanzausgleich herbeizuführen — auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik „einige Abstriche“ gemacht werden müßten. „In welchem Maße aber die Große Koalition trotzdem gewerkschaftliche Vorschläge verwirklicht hat, ist noch nicht überall erkannt worden.“ Er nennt dann fünf Punkte, um diese Erkenntnis besser zu vermitteln:

1. Die Forderung der Gewerkschaften, die Rentendynamik beizubehalten, sei mit Hilfe der SPD durchgesetzt worden. — Schmidt nennt hier also einen politischen Erfolg, daß unter Regierungsbeteiligung der SPD beibehalten wird, was unter einer reinen CDU-CSU/FDP-Regierung auf Drängen von SPD und Gewerkschaften zustande kam. Da

WEHRERSATZSTEUER

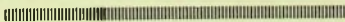
Man sagt im allgemeinen, Not macht erfinderisch. Beobachtet man in Bonn Regierung und Volksvertreter, so kann man das Sprichwort abwandeln und sagen: Geld macht erfinderisch, besonders, wenn es sich um Geldnot handelt.

Sollte jemand geglaubt haben, die Regierung der Großen Koalition habe in dem einen Jahr ihrer Regentschaft „auf breiter Basis“ schon alle Geldquellen erschlossen, der unterschätzt ihre Findigkeit und vor allem ihren Gerechtigkeitssinn.

So ist es dem Minister Schröder und einigen CDU/CSU-Politikern schon lange aufgefallen, wie ungerecht es doch ist, daß von zwei Wehrpflichtigen immer nur einer zum Dienst einrücken kann, weil wir wegen Geldmangels statt einer Million bloß 500 000 Mann unter Waffen halten können. Nun soll endlich die Gerechtigkeit siegen: Eine Kommission aus Mitgliedern des Verteidigungsausschusses im Bundestag und des Verteidigungsministeriums wird in diesem Jahr darüber beraten, und einen Vorschlag ausarbeiten, wie die Gerechtigkeit herzustellen sei.

So denkt man z. B. an die Einführung einer Wehrersatzsteuer für jene, die nicht zur Truppe einrücken müssen. Man spricht von 20 DM im Monat, die der Rüstungskasse im Jahr 40 Millionen DM zuführen sollen. Man könnte damit immerhin einige der pro Jahr abstürzenden Starfighter ersetzen oder noch ein paar Kasernen bauen ...

Aber wir wollen nicht vom schönen Mammmon reden, zumal es den Initiatoren der Wehrersatzsteuer-Idee ja nicht ums Geld, sondern um hohe moralische Werte, um Gerechtigkeit geht. Es war ja auch ungerecht, daß die Rentner keine Krankenkassenbeiträge zahlen, darum zahlen sie jetzt welche. Und so gibt es noch ein paar „Ungerechtigkeiten“, auf deren Beseitigung durch Bonner Gerechtigkeitsfanatiker wir lieber verzichten wollen! — ie-



zu muß man allerdings bemerken, daß unter der Großen Koalition erstmalig eine Kürzung der Renten in Form eines verhängnisvoller Trugschluß, zu Krankenversicherungsbeitrags von zwei Prozent erfolgte. Ob die CDU/CSU diesen Anschlag auf die Rentenversicherung auch gegen eine konsequente SPD-Opposition und gegen den Widerstand der Gewerkschaften hätte durchsetzen können, bleibt dagegen fraglich.

2. Ein weiterer Erfolg ist nach Schmidt die Verbesserung der Leistungen an Arbeitslose und Kurzarbeiter um 15 Prozent. — Sieht man davon ab, daß der DGB eine Anhebung um 40–50 Prozent auf zwei Drittel des letzten Arbeitseinkommens gefordert hatte, so bleibt außerdem die Tatsache, daß die

Verbesserung des Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeldes die Regierung nichts gekostet hat. Die Unterstützungen werden aus der Arbeitslosenversicherung gezahlt, die bekanntlich von Unternehmern und Arbeitnehmern aus Lohn- und Gehaltsbestandteilen gespeist wird.

3. Weiter verweist der SPD-Fraktionsvorsitzende auf die Maßnahmen zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes, wozu auch das im Entwurf vorliegende Arbeitsförderungsgesetz gehöre. — Der Haken bei diesem Gesetz ist jedoch der, daß es dem DGB und den Gewerkschaften nicht gefällt, so daß sie heftig dagegen protestieren. Das Gesetz beabsichtigt nämlich, die Kosten für die „Verbesserung der beruflichen Mobilität der Arbeitnehmer“ im wesentlichen der Arbeitslosenversicherung, also den Arbeitnehmern selbst, aufzubürden.

4. Ein weiterer Erfolg der Großen Koalition ist geradezu umwerfend großartig: Die Regierung habe der Forderung des DGB, die Beiträge zur Rentenversicherung nicht mehr 1967 zu erhöhen, entsprochen; die Arbeitnehmer brauchten erst ab 1. Januar 1968 höhere Rentenbeiträge zu zahlen. — Vielleicht können wir das Gedächtnis von Helmut Schmidt etwas auffrischen und daran erinnern, daß der DGB die Regierung auch aufgefordert hatte, die Regierungszuschüsse zur Rentenversicherung nicht weiter zu kürzen und den Rentenversicherungsträgern künftig Bargeld statt Schuldverschreibungen zu geben. Aber auf diesem Ohr war, wie die CDU/CSU, auch die SPD taub.

5. Der letzte Punkt in Schmidts „Leistungskatalog“, wie er ihn selbst nennt, ist nun auch aus seiner Sicht kein Erfolg mehr: Die Forderung des DGB, bei Arbeitslosigkeit das Altersruhegeld auf das 60. Lebensjahr vorzuziehen, konnte leider nicht verwirklicht werden. Unter lauter Erfolgen also ein kleiner Mißerfolg. Das kann ja passieren.

Schmidt meint: „Dieser Leistungskatalog wurde von Teilen der Gewerkschaftspressen bisher kaum positiv gewürdigt.“ Vielleicht liegt das daran, daß sich dieser Katalog aus der Perspektive der Gewerkschaftspressen als „Fehlleistungskatalog“ ansieht? Wie dem auch sei, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden muß man empfehlen, sich einmal das Grundsatzprogramm des DGB und das Aktionsprogramm gut durchzulesen. Die darin aufgereihten berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer, die einmal auch auf den Fahnen der sozialdemokratischen Minister geschrieben standen, als sie noch „die Opposition“ waren, werden ihm deutlich machen, daß die Gewerkschaften über den „Leistungskatalog“ der SPD in der Großen Koalition nicht erbaut sind.

Wir können hier nicht auch noch die Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung zur Notstands- und Mitbestimmungsfrage untersuchen, das würde den gesetzten Rahmen sprengen, aber allein in diesen Fragen haben

SPD-Politiker den Gewerkschaften so viel Enttäuschung bereitet, daß sie sich über die zunehmende Kritik nicht wundern sollten. Schmidt appelliert an die Gewerkschafter, keinen Bruderzwist heraufzubeschwören, der nur sinnlos an den Kräften der Gewerkschaften und der Partei zehren würde.

Es ist immer das gleiche Rezept, das den Gewerkschaftern verschrieben wird: Ihr Arbeitnehmer, die ihr 80 Prozent der Bevölkerung ausmacht, erwartet nicht die Mithilfe der SPD bei der Realisierung eurer Forderungen, denn wir sind Volkspartei und müssen auch die Interessen der anderen Gruppen berücksichtigen. (Das sind die 0,5 Prozent Mächtigen unter den restlichen 20 Prozent.) Oder: Ihr Gewerkschafter, beschwört keinen Bruderzwist mit der Partei herauf! — Wie wäre es denn, wenn Helmut Schmidt und seine Freunde einmal den „anderen Gruppen im Volke“ sagen würden, ihre Interessen (sprich Notstandsgesetze, Ausrüstung, Profitsteigerung, Preiserhöhungen usw.) müßten hintenanstehen, denn die SPD als Volkspartei müsse vorrangig die Forderungen der Volksmehrheit beachten? Wahrscheinlich, nein, sicherlich käme es dann auch nicht zum Bruderzwist.

Abschließend wäre noch anzutragen, daß es der „Welt der Arbeit“ gewiß besser zu Gesicht stände, helfe sie mit, in dieser Frage die gewerkschaftlichen Positionen auch gegenüber der befreundeten Partei in der Großen Koalition klarer zu vertreten. Die Tatsache, daß diese Regierung doppelt unsozial und alles andere als arbeitnehmerfreundlich regiert, läßt sich nicht vernebeln. Die WdA sollte sich nicht dafür hergeben oder hergeben dürfen, berechtigte Kritik an dem Verhalten des sozialdemokratischen Koalitionspartners abzubremfen.

Wenn dennoch in letzter Zeit zunehmend, ja geradezu massiert die SPD in Schutz genommen wird, trotz berechtigter Kritik, oder SPD-Politiker spaltenlang ihre den gewerkschaftlichen Beschlüssen und Interessen zuwiderlaufende Politik rechtfertigen dürfen, während die Wortführer der Kritik schweigen müssen, dann ist das nicht in Ordnung. Wie sollen die Gewerkschafter ernsthaft für ihre politischen und sozialen Forderungen kämpfen können, wenn ihnen suggeriert wird, die SPD werde es schon machen? Sie macht „es“ — wie die Erfahrungen lehren — eben nicht oder doch miserabel. Die Arbeitnehmer und Gewerkschafter werden weiter, wie eh und je, für die Durchsetzung ihrer Forderungen hart kämpfen müssen.

Und letztlich muß man den Kollegen von der WdA noch sagen, daß die „Welt der Arbeit“ das Organ des DGB-Bundesvorstandes, also ein gewerkschaftliches Sprachrohr ist und keine Rechtfertigungsplattform der Großen Koalition: kein „Koalitionsanzeiger“.

Gerd Siebert

Mit Lohnpolitik Konjunktur beleben

**Empfehlung Otto Brenners für Tarifpolitik 1968
IG Metall steht vor der eigentlichen Lohnrunde**

Als Sache der Gewerkschaften im neuen Jahr bezeichnete es der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner, „durch eine aktive Tarifpolitik die Konjunktur von der Massenkaufkraft her kräftig anzukurbeln.“ Die IG Metall müsse darum weiterhin alles tun, um die Organisation zu stärken und für die nächste Auseinandersetzung gerüstet zu sein. Man könne nicht darauf hoffen, daß die Unternehmer mit einer Wirtschaftsbelebung auch ihre sozialen Versprechen erfüllen.

Brenner, der diese Feststellungen in der Weihnachtsnummer 25/26 der Zeitung „Metall“ traf, stellte damit nicht hellseherische Fähigkeiten, sondern lediglich seinen Blick für die Realitäten unter Beweis. In einer Erklärung zu Brenners Forderung, die Konjunktur mit einer aktiven Tarifpolitik zu unterstützen, bemerkte das Deutsche Industrieministerium, das publizistisch die Interessen der Unternehmer wahrnimmt, am 19. Dezember: „Es muß im Hinblick auf das Jahr 1968 dringend davor gewarnt werden, nun etwa von einem Nachholbedarf der Arbeitnehmer zu sprechen. Nachgeholt werden muß vor allem auf dem Gebiet der Investitionen.“

Das Industrieministerium wendet sich mit einem recht schizophrenen „Argument“ gegen Brenners These, die Konjunktur müsse mit einer durch aktive Lohnpolitik gestärkten Massenkaufkraft „angeheizt“ werden. Auf Blatt 2 schreibt dazu der „Schnelldienst“ des Deutschen Industrieministeriums vom 19. 12. 1967: „Wenn es den Gewerkschaften gelingen wäre, in dem jetzt zu Ende gehenden Jahr ihre Wünsche und Vorstellungen in dieser Richtung durchzusetzen, so wäre der sich jetzt langsam abzeichnende konjunkturelle Wiederaufschwung mit Sicherheit verhindert worden.“ Denn das DI hat grundsätzliche Bedenken gegen derartige Kaufkraft, Löhne seinen schließlich auch Kosten. Nachdem also die „konjunkturverrichtende“ Wirkung der aktiven Lohnpolitik dergestalt bewiesen wurde, heißt es auf Blatt 3 desselben „Schnelldienstes“ zum selben Thema: „Im Gegenteil. Aus dem Anheizen könnte allzuleicht eine Überhitzung entstehen, die uns in Form steigender Preise in aller kürzester Zeit vor dieselben Probleme stellen würde, wie wir sie aus dem Jahre 1966 und davor zur Genüge kennen.“

Das ist Unternehmerlogik; die hat nämlich mit normaler Logik nichts zu tun, weil sie eine auf die Verteidigung von Profitinteressen orientierte Zwecklogik ist. Da kann aktive Lohnpolitik einmal die beginnende Konjunktur kaputt machen und ein anderes Mal, so wie es gerade für die antigerwerkschaftliche Trickkiste gebraucht wird, dieselbe Konjunktur überhitzen, und das noch „in aller kürzester Zeit“. Die Schlußfolgerung für den Gewerkschafter kann da nur lauten, der Empfehlung Otto Brenners genau zu folgen,

denn es gibt kein stichhaltiges Argument gegen die aktive Lohnpolitik.

Für die IG Metall bedeutet das, sich ab sofort auf die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 31. März 1968 vorzubereiten. Das unbefriedigende materielle Ergebnis der Tarifrunde 1967 (vgl. NACHRICHTEN Nr. 12/67), die zudem auch nur eine bis zum 31. März befristete Absicherung der Effektivverdienste brachte, die zurückliegenden und die neuen Produktivitätserfolge sowie die mit Jahresbeginn anlaufende neue Preiswelle lassen keine andere Wahl als die Tarifkündigung. Die Metallarbeiter haben jetzt genug Vorleistungen erbracht, nun sind die Unternehmer an der Reihe, ihren Beitrag zur Herbeiführung einer sozialen Symmetrie zu leisten, von der Prof. Schiller bislang soviel geredet hat.

Die IG Metall hat in Bayern bereits Gelegenheit, die von Otto Brenner empfohlene aktive Tarifpolitik einzuleiten. Hier sind die seit Jahren geführten und in letzter Zeit durch die Vertragskündigung von der Gewerkschaft forcierten Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag auch bis zum Jahreschluß ergebnislos geblieben. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge, die schon zum 30. 9. 1967 kündbar gewesen sind, laufen noch. Sie können jeweils zum Monatschluß gekündigt werden. Die IG Metall wäre gut beraten, diese Kündigung jetzt vorzunehmen.

In den von der Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall herausgegebenen „Metall-Nachrichten“ empfiehlt die Bezirksleitung, nach Abschluß der Tarifbewegung 1967 für die weitere Gewerkschaftsarbeit die richtigen Lehren zu ziehen. Diese Lehren bestünden darin, zu erkennen, daß die Abwehr der harten Tarifpolitik der Unternehmer nur durch die Solidarität der Metallarbeiter, durch ihre Entschlossenheit und Bereitschaft zum Streik und zu anderen Formen des massiven Drucks gelungen ist.

Ohne Zweifel liegt in dieser Erkenntnis und Erfahrung der Schlüssel für die richtige Handhabung und Organisation der bevorstehenden unausweichlichen Auseinandersetzungen um die Sicherung und Steigerung des materiellen Standards der Arbeitnehmer in der Metallindustrie. K. Kilian

Mitbestimmung auf der langen Bank

**Regierungskommission beschleunigt die Probleme nicht
CDU will Betriebsgewerkschaftsarbeit zersplittern**

Kurz vor Ablauf des vergangenen Jahres hat die Bundesregierung die in der Regierungserklärung Kiesingers vom 13. Dezember 1966 angekündigte Mitbestimmungskommission gebildet. Der Kommission gehören neun Professoren als Sachverständige an; den Vorsitz wird der Rektor der Bochumer Universität, Prof. Biederkopf, übernehmen. Darüber hinaus sind die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände vom Arbeitsministerium aufgefordert worden, je drei Vertreter zu benennen, die als Berater an den Sitzungen der Kommission teilnehmen sollen.

Die Zusammensetzung der Mitbestimmungskommission läßt es fraglich erscheinen, ob die Mehrheit der Sachverständigen ernsthaft an einer positiven Behandlung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen interessiert ist. Vielmehr muß sich der Verdacht verstärken, daß die Untersuchungen der neun Professoren darauf abzielen werden, das Mitbestimmungsproblem vor sich herzuschieben, um damit den Koalitionsparteien und der Bundesregierung die Möglichkeit zu geben, Entscheidungen in der Mitbestimmungsfrage auszuweichen.

Daß die CDU/CSU an einer parlamentarischen Behandlung der Mitbestimmungsforderung nicht interessiert ist, darauf gibt es keinen Zweifel. Unmittelbar nach Bildung der Mitbestimmungskommission hat Bundeskanzler Kiesinger in einem Interview mit der Zeitschrift „Civis“ festgestellt, daß sich seine Regierung in der laufenden Legislaturperiode, das heißt, bis Herbst 1969 mit der Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft nicht mehr beschäftigen wird. Auch die Unionsparteien haben im Verlauf der ersten Lesung der von der CDU dem Bundestag vorgelegten Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz erklärt, sie sahen keine Veranlassung, das Mitbestimmungsproblem im Bundestag zu diskutieren.

Bei der Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz geht es der CDU/CSU auch keineswegs um die Ausweitung der Mitbestimmung für die Betriebsräte, sondern lediglich um eine Veränderung des Wahlsystems zur Betriebsrätewahl. Der von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachte Entwurf zur Novellierung hat allein den Zweck, mit Hilfe eines neuen Wahlsystems auch kleinsten Minderheiten die Möglichkeit zu sichern, an Betriebsrätewahlen teilzunehmen, um damit den Splittergruppen der sogenannten christlichen Gewerkschaften, aber auch der NPD, aus weltanschaulichen und politischen Gründen in den Betrieben eine größere Resonanz zu verschaffen. Diese Methode ist um so demagogischer, als zur gleichen Zeit, da mit einer Änderung der Wahlbestimmungen zur Betriebsrätewahl die Arbeitnehmerschaft in den Betrieben aufgespalten, auf der politischen Ebene über das angestrebte Mehrheitswahlrecht die politische Macht zentralisiert werden soll.

Daß die Unternehmensverbände eine Ausweitung der Mitbestimmung zu verhindern trachten, kann niemanden verwundern. Der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Balke, hat dies auf einer Versammlung seines Verbandes im Dezember noch einmal unterstrichen, indem er erklärte, für die Unternehmer gebe es gegenüber diesen Forderungen nur kompromißlose Ablehnung.

Die Sozialdemokratische Partei ist in der letzten Zeit bemüht, sich gegenüber den Gewerkschaften von dem Vorwurf freizumachen, daß auch sie an einer Unterstützung der Mitbestimmungsforderung des DGB zur Zeit nicht interessiert sei. Der SPD-Vorstandssprecher Sommer hat diesen Vorwurf unberechtigt und töricht genannt und erklärt, daß sich an der eindeutigen politischen Zielsetzung der SPD in bezug auf die Mitbestimmung nichts geändert habe. Die SPD werde noch in dieser Legislaturperiode detaillierte Vorschläge zur gesetzlichen Regelung der Mitbestimmung zur Diskussion stellen.

Diese Erklärung steht allerdings im Widerspruch zu einer Feststellung des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Helmut Schmidt, der in der „Welt der Arbeit“ vom 15. Dezember 1967 schrieb: „Es ist kaum wahrscheinlich, daß sich in der restlichen Legislaturperiode des fünften Bundestages, das heißt bis zum Herbst 1969, eine ausreichende parlamentarische Mehrheit für eine Verbesserung der die Mitbestimmung regelnden Gesetze finden läßt.“ Das klingt nicht danach, als sei die Bundestagsfraktion der SPD entschlossen, in der Mitbestimmungsfrage initiativ zu werden, geschweige denn, wegen der Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften die Große Koalition aufs Spiel zu setzen.

Inzwischen hat aber auch der Parteivorstand der SPD die Bildung einer Kommission bekanntgegeben, die sich mit dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Mitbestimmungsproblem beschäftigen soll. Der Vorsitzende dieser Kommission ist Helmut Schmidt. Der Kommission gehören weiter Herbert Wehner sowie die Gewerkschaftsvorsitzenden Brenner, Arndt, Buschmann, Gefeller, Kluncker und von der DAG Brandt an. Die Gewerkschaften aber wären gut beraten, wenn sie sich

unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen nicht in der Zuversicht wiegten, ihre Mitbestimmungsforderungen seien bei der Koalitionsregierung und den Bundestagsparteien in guten Händen, sondern auf ihre eigene Kraft bauen und — z. B. mit Tarifverträgen auf Betriebsebene — selbst Realitäten schaffen würden. -er

ÖTV baut ihre Ostbeziehungen aus

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Heinz Kluncker, hat am Jahresende ein klares Votum für die Fortsetzung und Intensivierung der Ostkontakte seiner Gewerkschaft abgegeben. Kluncker wandte sich gegen in letzter Zeit auch im DGB wieder stärker verbreitete Zweckthesen, wonach die sowjetischen Gewerkschaften keine Gewerkschaften seien. Es sei ihnen nicht abzusprechen, erklärte er in einem Gespräch mit der „Welt“ vom 28. 12., daß sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten Arbeitnehmerinteressen wahrnehmen.

Der ÖTV-Vorsitzende setzte sich dafür ein, die Ostkontakte der Gewerkschaften über die Ebene der Spitzenfunktionäre hinaus auch auf die einfachen Mitglieder auszudehnen. Eine gute Möglichkeit dazu bietet der Ferienaustausch, der 1968 auf Gegenseitigkeit mit ungarischen und tschechoslowakischen Gewerkschaften anlaufen soll.

Als herausragende Ereignisse auf dem Gebiet der Ostkontakte nannte Kluncker für das neue Jahr ein westdeutsch-sowjetisches Seminar, das im Februar bei Stuttgart stattfinden soll, und ein späteres Seminar mit dem Thema Automation, das unter der Obhut der ÖTV etwa 80 Teilnehmer aus West und Ost haben wird. Zum ÖTV-Gewerkschaftstag vom 30. Juni bis 6. Juli 1968 in München werden auch Gewerkschaftsvertreter aus der UdSSR, der Tschechoslowakei, aus Polen, Ungarn und Bulgarien erwartet.

Hunderttausende Arbeitnehmer erhielten weniger Weihnachtsgeld

Wie aus dem Zwischenergebnis einer von der IG Metall durchgeführten Erhebung hervorgeht, wurde in vielen Betrieben der Metallindustrie die Weihnachtsgratifikation beträchtlich reduziert. Bis Weihnachten lagen der IG Metall Angaben von 87 Verwaltungsstellen vor, die berichten, daß rund 211 000 Arbeitnehmer der Metallindustrie mit weniger Weihnachtsgeld nach Hause gehen mußten als in früheren Jahren. Unter den 284 gemeldeten Firmen waren allein 51 Großbetriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten. Im Durchschnitt betrug die Kürzung des Weihnachtsgeldes 26 Prozent.

Wie die neuesten Statistiken, die über die Wirtschaftsentwicklung in der nicht-sozialistischen Welt bis zum 30. Juni 1967 vorliegen, aussagen, ist diese in den kapitalistischen Industrieländern vorwiegend von Stagnation und in den Entwicklungsländern von mäßigem Wachstum gekennzeichnet. Während die Zunahme der verarbeitenden Industrie in der Welt (ohne sozialistische Länder) von 1965 auf 1966 noch 7,5 Prozent (Bruttoproduktion) betrug, stieg sie im ersten Vierteljahr 1967 nur um 2,5 Prozent und im zweiten Vierteljahr um 2 Prozent. Die Entwicklungsländer lagen mit 3 bis 3,5 Prozent Zunahme über dem Durchschnitt.

Deutlich stagnierte die Entwicklung der Industrie in den nordamerikanischen Staaten, wo die Zunahme von plus 3 Prozent im ersten Quartal 1967 auf null Prozent im zweiten Quartal absank, und in den Ländern Westeuropas, wo die Industrieproduktion im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1967 die Vorjahreshöhe nicht überschritten hat.

Parallel zu dieser Entwicklung ist in fast allen europäischen Ländern die Zahl der Arbeitslosen gestiegen, so in Belgien von 2,4 auf 3,5 Prozent, in Dänemark von 0,7 auf 2,0 Prozent, in den Niederlanden von 0,9 auf 1,9, in Norwegen von 0,5 auf 0,6, in Österreich von 1,4 auf 1,6, in Großbritannien von 1,5 auf 2,3, in Schweden von 0,9 auf 1,5 und in Finnland von 1,1 auf 2,3 Prozent. Die Vergleichszahlen der Bundesrepublik lauten: von 0,5 auf 1,6 Prozent. Es handelt sich bei diesen Daten um die letzten Erhebungen, die aus den einzelnen Ländern über die Monate September/Oktober 1967 vorliegen. Nur Italien konnte im gleichen Zeitraum von spürbar sinkenden Arbeitslosenziffern berichten: Die letzte Ziffer vom Juli lag um 135 000 niedriger als im Vorjahresmonat und weist noch 584 000 Arbeitslose aus.

Bundesrepublik mit mittlerem Pro-Kopf-Produkt

Nach einer jetzt vorliegenden UN-Statistik über das Bruttosozialprodukt 1965 erreichte die Pro-Kopf-Produktion in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern Westeuropas nur mittlere Höhe. Es betrug je Einwohner 1651 Dollar. Etwa gleich hoch war das Sozialprodukt in Frankreich mit 1614, in Belgien mit 1565, in Großbritannien mit 1561 und in Österreich mit 1530 Dollar. Erheblich höher lag es in Schweden mit 2201, in der Schweiz mit 2127 und in Norwegen mit 2045 Dollar. Unter der Bundesrepublik lagen die Niederlande mit 1386, Dänemark mit 1110 und Italien mit 971 Dollar. Die USA mit 3210 Dollar je Einwohner wurden von keinem europäischen Land erreicht.

Großer Nachholbedarf für 1968

Krise und konzertierte Aktion erschwerten Tarifpolitik Keine erfreuliche Bilanz - Harte Kämpfe im neuen Jahr

Es ist üblich, an der Schwelle eines neuen Jahres tarifpolitische Rückschau zu halten, um Bilanz zu machen, zu lernen aus gesammelten Erfahrungen, und es ist ebenso üblich, Ausschau zu halten auf die vermutliche Entwicklung der nächsten Monate, um nach Möglichkeiten zu suchen, die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer künftig mit mehr Erfolg zu vertreten als bisher. Das Jahr 1967 war gekennzeichnet von wirtschaftlicher Depression und dem Versuch von Regierung und Unternehmerschaft, die negativen Folgen falscher und verfallener Politik auf die Masse der Arbeitnehmer abzuschieben. Die Gewerkschaften hatten ihren bislang „schwersten Stand“. Sie werden in diesem neuen Jahr alle Kräfte mobilisieren müssen, um sich aus der „konzertierten“ Umklammerung von Staat und Unternehmerverbänden zu lösen, damit wieder eine unabhängige Tarifpolitik und damit wirksamere Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten möglich wird.

Nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben von rund 21 Millionen unselbständig Beschäftigten im abgelaufenen Jahr nur 4,8 Millionen Arbeitnehmer Verbesserungen der Tariflöhne und -gehälter um durchschnittlich 3,6 Prozent erzielen können. Die Abschlüsse für weitere 2,8 Millionen Arbeitnehmer mit durchschnittlichen Einkommenserhöhungen von 3,8 Prozent werden erst 1968 wirksam. Rechnet man die für beinahe jeden vierten Beschäftigten vereinbarte Tarifaufbesserung auf die Gesamtzahl der Arbeitnehmer um, so beträgt der tatsächliche Anstieg des durchschnittlichen Tariflohnniveaus 1967 in der Bundesrepublik nur 0,8 Prozent.

Da diese Tarifierhebungen in zahlreichen Branchen auf die Effektivverdienste angerechnet und diese Effektivverdienste durch betriebliche Kürzungen für Millionen Arbeitnehmer reduziert wurden, sind die tariflichen Erfolge für die Gesamtheit der Arbeitnehmereinkommen nahezu bedeutungslos geblieben. In diese Rechnung gehört auch die Tatsache hinein, daß die Lebenshaltungskosten 1967 um 1,6 Prozent gestiegen sind. Daraus folgt, daß im abgelaufenen Jahr die reale Höhe der Löhne und Gehälter nicht nur nicht gestiegen, sondern gesunken ist, was zu einem Nachfrageverlust von mehreren Milliarden DM geführt hat.

Dieser Minusbilanz auf der Arbeitnehmerseite steht in der Industrie ein arbeitsständlicher Produktivitätsfortschritt zwischen 6 und 7 Prozent gegenüber. Während also die Arbeitnehmer in ihrer Gesamtheit mit gesunkenem Realeinkommen weniger kaufen konnten, haben sie im Bereich der Industrie je Arbeitsstunde mehr produziert als 1966. Wenn dennoch das Bruttosozialprodukt um rund 30 Milliarden DM unter dem bei voller Kapazitätsausnutzung möglichen Ergebnis liegt, so ist dies das Resultat unternehmerischer Mißwirtschaft und überspannter politischer Ambitionen des Staates, der weder früher noch heute den auf eine stabile Wirtschaft gerichteten Empfehlungen der Gewerkschaften folgt.

Dem hartnäckigen Einsatz der Gewerkschaften ist es zu danken, wenn das schlechte Lohnergebnis des vergangenen Jahres durch Erfolge in anderen Bereichen der Tarifpolitik etwas gemildert werden konnte: So ist 1967 für eine große Zahl Arbeitnehmer die 40-Stunden-Arbeitswoche Wirklichkeit geworden, in deren Genuß jetzt rund 6 Millionen Arbeiter und Angestellte kommen. Weitere Arbeitszeitverkürzungen, die in den Jahren 1968 bis 1971 wirksam werden, wurden vereinbart. Ebenso wurden in vielen Tarifgebieten längere Urlaubszeiten und die Zahlung von zusätzlichem Urlaubsgeld durchgesetzt. Tariflich gesichertes zusätzliches Urlaubsgeld bekommen jetzt über acht Millionen Arbeitnehmer.

Typisch für die Schwierigkeiten, mit denen die Gewerkschaften 1967 bei der Wahrnehmung und Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen zu kämpfen hatten, ist die breite gemeinsame Abwehrfront von Großer Koalition und Unternehmerverbänden, genauer: das Mitmachen der sozialdemokratischen Parteiführung in dieser antigewerkschaftlichen Abwehrfront, das den OTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker gegenüber einem „Welt“-Redakteur vor wenigen Wochen die bitteren Worte gebrauchten ließ: „Aber daß ausgerechnet die Regierung der Großen Koalition sich außerhalb ihres eigenen Programms stellt, das ist es, was ich nicht begreifen kann.“

Insbesondere durch die Praktik des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Prof. Schiller, mit der einen Hand den Arbeitnehmern immer neue Lasten aufzubürden und sie mittels konzertierter Aktion zu beschwichtigen, um gleichzeitig mit der anderen Hand den Unternehmern mit Prämien und Investitionsanreizen die Taschen zu füllen, ist das Verhältnis der Gewerkschaften zur SPD schwer belastet worden. Den Gewerkschaften wurde deutlich, daß der beispiellose Sozialabbau bei faktischem Lohnstopp der CDU/CSU allein politisch das Genick gebrochen hätte und nur durch das Mitziehen der so-

zialdemokratischen Minister möglich war.

Es ist darum verständlich, wenn die Gewerkschaften und der DGB immer schärfer ihre kritischen Akzente setzen und dabei insbesondere die konzentrierte Aktion angreifen. Bekanntlich war diese Gesprächsrunde zwischen dem Wirtschaftsminister, den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften seinerzeit von Prof. Schiller ins Leben gerufen worden mit dem Versprechen, auf diese Weise würden die Interessen der Arbeitnehmer besser gewahrt werden, erhielten die Gewerkschaften Einfluß auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, daß vielmehr umgekehrt in der konzentrierten Aktion der Wirtschaftsminister und die Vertreter der Arbeitgeberverbände Einfluß auf die gewerkschaftliche Sozialpolitik und Entscheidungsfreiheit zu nehmen suchen und bemüht sind, die Arbeitnehmervertreter davon zu überzeugen, daß jetzt nicht ihre, sondern die Interessen der Unternehmer — der „Wirtschaft“, wie man das vornehmer auszudrücken pflegt — Vorrang haben. Die Arbeitnehmerbelange sollen „später“, in einem zweiten Teil der konzentrierten Aktion, Berücksichtigung finden, der, wie es scheint, jedoch erst am Sankt-Nimmerleinstag beginnt.

Wie groß die Unzufriedenheit in den Gewerkschaften mit den sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Koalitionsregierung ist, wird u. a. durch eine Warnung des DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg deutlich, der am 30. November 1967 in Bad Godesberg zur mittelfristigen Finanzplanung erklärte, sie dürfe nicht auf Kosten der breiten Bevölkerungskreise betrieben werden; andernfalls entfalle die Grundlage für eine weitere gewerkschaftliche Mitarbeit in der konzentrierten Aktion der Bundesregierung.

Die Zeitung „Metall“ der Industriegewerkschaft Metall schrieb am 28. 11. 1967 in einer kritischen Stellungnahme zur mittelfristigen Finanzplanung: „Wir haben bei Beginn der konzentrierten Aktion unsere Teilnahme unmißverständlich davon abhängig gemacht, daß die soziale Symmetrie gewahrt bleibt. Diese Erklärung haben wir keineswegs auf die Tarifpolitik beschränkt. Manipulationen in der Sozialpolitik können für uns ebenso den entscheidenden ‚Stein des Anstoßes‘ bedeuten.“

Der Beirat der IG Chemie, Papier, Keramik erklärte Ende November: „Die Kritik des Beirats gilt der Tatsache, daß die erste Phase der sogenannten ‚konzentrierten Aktion‘ einen Ausbau der Arbeitgeberpositionen zu Lasten der Arbeitnehmer brachte“. Die von Prof. Schiller in Aussicht gestellte soziale Symmetrie im Rahmen der konzentrierten Aktion dürfe kein bloßes Versprechen bleiben, sondern müsse Richtschnur der Wirtschaftspolitik werden. Hierzu gehörten insbesondere

auch politische Entscheidungen im Bereich der Sozialpolitik, der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, der qualifizierten Mitbestimmung und der Struktur- und Bildungsfragen. Forderungen in dieser Richtung werden auch von der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten erhoben. In die konzentrierte Aktion müsse, neben der Lohnpolitik, auch die Einkommens- und Vermögensverteilung einbezogen werden. Die bis September von der Gewerkschaft NGG erzielten Lohn- und Gehaltserhöhungen von 3,5

Prozent reichten nicht aus, „das bisherige Realeinkommen der Arbeitnehmer im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe abzusichern.“

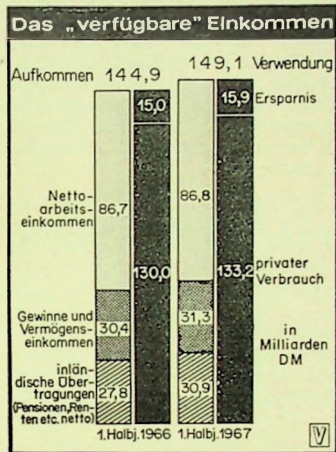
Und der Hauptvorstand der Gewerkschaft OTV richtete Ende November, während des Tarifkonfliktes im öffentlichen Dienst, „Fünf Fragen an die Große Koalition“, in denen u. a. auch gefragt wurde: „Wie ist die Ablehnung der negativen Lohnpolitik durch die Bundesregierung und die Beteiligten der konzentrierten Aktion mit dem Versuch zu vereinbaren, im öffentlichen Dienst für nicht weniger als 18 Monate einen Lohn- und Gehaltsstopp zu diktieren?“ Oder: „Wieläuft sich ein Lohn- und Gehaltsstopp im öffentlichen Dienst und der Versuch, die überlangen Arbeitszeiten auf unabsehbare Zeit zu zementieren, mit dem Ziel der sozialen Symmetrie vereinbaren?“

Wenn man die Gründe für das schlechte Abschneiden in der Tarifpolitik 1967 betrachtet, so zeigen sich als solche nicht nur die Wirtschaftskrise und die negative Lohnpolitik der Unternehmer, sondern auch die Mitarbeit der Gewerkschaften in der konzentrierten Aktion. Hier wird 1968 dringend eine Revision notwendig sein. Wenn die konzentrierte Aktion für die Arbeitnehmer nichts anderes bringt als das Verlangen nach Rücksichtnahme auf die „schwierige Lage“ von Unternehmern und Staat, dann ist es besser, wenn die Gewerkschaften ihr den Rücken kehren — je eher, je besser. Es kann auch nicht die Aufgabe des DGB und seiner Gewerkschaften sein, die Position der SPD in der Großen Koalition und gegenüber dem Wähler um den Preis von Lohnverzicht und sozialen Rückschritt zu stärken. Die Gewerkschaften müssen ihre Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit wiedererlangen und das neue Jahr zu einem Jahr konsequenter aktiver Lohn- und Gehaltspolitik machen.

Die Wirtschaftskrise selbst lehrt die Gewerkschaften, mit noch größerer Energie und Entschlossenheit als bisher für die Verwirklichung der betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu kämpfen, um die erforderliche Stabilität und Sicherheit der Arbeitsplätze herbeiführen zu helfen, zu deren Schaffung und Garantie die profitorientierte Alleinherrschaft der Unternehmer nicht in der Lage ist. In gleicher Weise wird auch die Intensivierung des gewerkschaftlichen Kampfes zur Reduzierung der Rüstungsausgaben und zur Verhinderung der Notstandsgesetzgebung auf der sozialen Habenseite zu Buch schlagen; denn nur so kann der Bundeshaushalt saniert, können die für ein weiteres Wirtschaftswachstum erforderlichen Strukturverbesserungs- und Bildungsinvestitionen getätigt werden.

In diesem Sinne ist der tarif- und gesellschaftspolitischen Arbeit des DGB und seiner Gewerkschaften im Jahre 1968 Erfolg zu wünschen!

G. S.



Wie das Sozialprodukt insgesamt durch die Rezession an Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verlor, so hat sich auch das verfügbare Einkommen erheblich verändert. Betroffen waren davon besonders die Arbeitseinkommen, die nach Abzug der Steuern und Sozialbeiträge gegenüber dem Vorjahr nicht mehr gewachsen sind. Nur die Gewinne und Einkommen aus Vermögen sind im ersten Halbjahr 1967 gegenüber dem Vorjahr noch einmal um eine Milliarde DM gewachsen und die übertragenen Einkommen — Renten — Pensionen — stiegen noch einmal um 3,2 Md. Durch diese Zuwächse bei den Unternehmereinkommen und Sozialerträgen hat der Zuwachs insgesamt etwas mehr als 4 Md. erreicht, gegenüber 9 Md. im Vorjahr und sogar 13 Md. 1965 gegenüber 1964.

Innerdeutscher Handel rückläufig

Die Umsätze im Handel zwischen der Bundesrepublik und der DDR sind zur Zeit rückläufig. Die Lieferungen der Bundesrepublik in die DDR betrugen von Januar bis August 1967 1,055 Milliarden Verrechnungseinheiten, gegenüber 1,098 Milliarden in der gleichen Vorjahreszeit. Die Einfuhren aus der DDR erreichten nur 766 Millionen gegenüber 813 Millionen Verrechnungseinheiten im Jahre 1966. Seit einigen Wochen sind Verhandlungen im Gange, um eine positive Veränderung der Handelsbilanz zu erreichen. Demgegenüber steigt der Warenaustausch zwischen der Sowjetunion und der DDR. 1968 wird er 13 Milliarden Mark betragen, und das sind zehn Prozent mehr als 1967. Eine entsprechende Vereinbarung ist bereits abgeschlossen. Der Warenaustausch in den Jahren 1966 bis 1970 wird insgesamt bei 60 Milliarden Mark liegen.

Schutzvertrag durchgesetzt

IG Druck und Papier erkämpfte Rationalisierungsschutz Vorleistung wurde von Arbeitgebern nicht honoriert

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier hat nach längeren Verhandlungen und trotz Scheiterns einer schon erzielten Vereinbarung einen „Tarifvertrag zur Abwendung sozialer Härten bei Rationalisierungsmaßnahmen“ dennoch durchsetzen können. Gleichzeitig wurde am 20. Dezember zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaft eine Anhebung der Ecklöhne um 3,5 Prozent ab 1. Februar 1968 vereinbart.

Der Rationalisierungsschutzvertrag, der als Teil des Manteltarifvertrages wirksam wird, sieht folgende Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten der graphischen Industrie vor:

■ Bei Entlassungen infolge Rationalisierungsmaßnahmen müssen Entschädigungen in Höhe von 6 bis 26 Wochenlöhnen gezahlt werden (anteilig Monatsgehälter), vorausgesetzt, der Betroffene ist zehn und mehr Jahre im Betrieb und hat das 40. Lebensjahr vollendet.

■ Ebenfalls ab zehn Jahre Betriebszugehörigkeit und ab vollendetem 35. Lebensjahr werden die Kündigungsfristen bei Rationalisierungsbedingungen Entlassungen auf sechs bis 24 Wochen verlängert.

■ Wesentlich ist auch die Vereinbarung, wonach bei geplanten Rationalisierungsmaßnahmen die gesetzliche Betriebsvertretung so früh wie möglich einzuschalten ist, um die Auswirkungen der Maßnahmen mit dem Ziel zu beraten, gemeinsam mit der Betriebsleitung einen Plan zur Vermeidung sozialer Härten zu erarbeiten.

Dieser Schutzvertrag läuft vom 1. Januar 1968 bis zum 31. Dezember 1969. Obgleich sich die Verhandlungsgremien der Gewerkschaft und des Arbeitgeberverbandes schon im November auf dieses Übereinkommen geeinigt und die IG Druck ihre Zustimmung bereits erteilt hatte, lehnte der Sozialpolitische Ausschuß der Unternehmervereinigung später das Vertragswerk ab. „Einem Schutzvertrag plus Lohnerhöhung konnte der Ausschuß nicht zustimmen, weil ihm dies ein zu tiefer Eingriff in die Betriebe und ihre zukünftige wirtschaftliche Entwicklung bedeutet hätte“, schrieb dazu am 7. 12. 67 der „Kurz-Nachrichten-Dienst“ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Damit schienen die monatelangen Verhandlungen und die tarifpolitische Zielsetzung der IG Druck und Papier für 1967 gescheitert. Die Gewerkschaft hatte im Sommer hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage auf die Kündigung der Lohnsätze zum 31. August verzichtet und statt dessen Verhandlungen über einen Rationalisierungsschutzvertrag gefordert, um den Opfern der in der graphischen Industrie schnell um sich greifenden Automation besseren materiellen Schutz zu gewährleisten. Als die Arbeitgeber das Ver-

handlungsergebnis dann verwarfen, stellte die Gewerkschaft sehr richtig fest: „Sie folgten den reaktionären Parolen des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände (BDA), der befohlen hat, keinerlei Rationalisierungsschutzverträge mit den Gewerkschaften abzuschließen und den Arbeitnehmer weiterhin als Betriebsuntertan zu behandeln.“

Die IG Druck und Papier tat das einzig Richtige: Sie kündigte sofort die Lohnverträge und machte die Kampfbereitschaft der 170 000 betroffenen Arbeitnehmer glaubhaft: „Es ist ein verhängnisvoller Trugschluß, zu glauben, daß im graphischen Gewerbe eine geringere Kampfbereitschaft vorhanden sei als in der Metallindustrie oder in der Chemie“, schrieb das Gewerkschaftsorgan „druck und papier“ in einer Sonderausgabe.

Die Gewerkschaft Druck und Papier mußte erleben, daß freiwillige Vorleistungen, wie sie der Verzicht auf Tarifkündigungen darstellten, von den Unternehmern nicht honoriert werden und daß gewerkschaftliche Erfolge in der Tarifpolitik immer nur durch Kampfschlossenheit und durch den Kampf selbst erzielt werden können. Das gilt mit graduellen Unterschieden sowohl für die Konjunktur als auch für Flautezeiten. K. K.

Wieder mehr Massenentlassungen

Wie aus Erhebungen der IG Metall hervorgeht, ist die Beschäftigungssituation in der westdeutschen Metallindustrie in den letzten Wochen wieder ungünstiger geworden. Die Zahl der Massenentlassungen, die seit Juni 1967 zurückgegangen war, hat sich — wie der „Metallpressedienst“ am 22. 12. 1967 berichtet — von 1500 im Oktober auf 1700 im November erhöht. Im Dezember werde die Zunahme, nach Vorausmeldungen zu urteilen, noch beträchtlich steigen. Abgenommen habe dagegen die Zahl der Kurzarbeiter im November um fast 4000 auf 17 300.

Wie MPD weiter berichtet, sind nach wie vor die Beschäftigungsschwierigkeiten am größten im Nutzkraftwagenbau und im Stahlbau. Neuerdings seien unter den von Massenentlassungen Betroffenen aber auch wieder zahlreiche Arbeiter und Angestellte der Elektroindustrie sowie der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie anzutreffen.

1967 geringste Lohnerhöhung seit 1948

Nach den Feststellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes gab es 1967 nach Umfang und Höhe die geringsten tariflichen Lohn- und Gehaltsverbesserungen seit dem Jahre 1948. In einer Pressemeldung des DGB heißt es, daß für 4,8 Millionen der rund 22 Millionen Arbeitnehmer 1967 Lohn- und Gehaltserhöhungen von nur durchschnittlich 3,5 Prozent und für weitere 2,8 Millionen Arbeitnehmer Erhöhungen von rund 3,8 Prozent erreicht wurden, die aber erst 1968 wirksam werden. In den meisten Fällen sind die Erhöhungen jedoch auf die Effektivverdienste angerechnet worden, so daß sie für einen großen Teil der Arbeitnehmer keine Auswirkungen hatten.

IG Bau, Steine, Erden kündigt Tarifverträge

Die Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden hat Ende Dezember beschlossen, die Tarifverträge für die 1,4 Millionen Beschäftigten im Bauhauptgewerbe zum 30. April 1968 zu kündigen. Detaillierte Forderungen will die Gewerkschaft der Öffentlichkeit erst im Frühjahr bekanntgeben. Die Verträge sollen auch nicht zum nächstmöglichen Termin, dem 31. März, gekündigt werden; vielmehr will die IG Bau hinsichtlich der Wirtschaftslage von sich aus die Laufzeit um einen Monat verlängern.

Tarifverbesserungen für Hafenarbeiter

Nach Tarifverhandlungen von fast fünfmonatiger Dauer ist zwischen der Gewerkschaft OTV und dem Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe Ende Dezember 1967 Einigung erzielt worden. Danach werden ab 1. Februar 1968 alle Schichtlöhne für die 40 000 Hafenarbeiter in den Seehäfen der Bundesrepublik um eine D-Mark erhöht. Der neue Lohnvertrag gilt für zwölf Monate.

Ein gleichzeitig abgeschlossener Rahmentarifvertrag, dessen Laufzeit vier Jahre beträgt, sieht folgende Regelungen vor:

■ Erhöhung des Verpflegungsgeldes bei Überstunden von 2 DM auf 2,40 DM.

■ Erhöhung der Urlaubsdauer um einen auf 25 Tage nach mindestens vier Jahren Betriebszugehörigkeit.

■ Die materielle Sicherung im Krankheitsfall soll künftig nach den gesetzlichen Bestimmungen erfolgen.

■ Die Kündigungsfristen für langjährig Beschäftigte werden verbessert, und zwar nach 10 Jahren Betriebszugehörigkeit auf vier Wochen, nach fünfzehn Jahren auf sechs Wochen und nach 20 Jahren auf acht Wochen.

Misere der erwerbstätigen Frauen

Lage der Frau ein Produkt der Gesellschaftsordnung Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil - Bekleidung

Die Lage der berufstätigen Frau sei unlösbar mit der Struktur der bestehenden Gesellschaftsordnung verbunden. Eine umfassende Verbesserung der gesellschaftlichen Situation der Frauen erfordere die „Befreiung von den Produktions- und Herrschaftsverhältnissen, die eine sinnvolle, menschenwürdige Verwendung und eine gleichmäßige Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums verhindern.“ Zu dieser Schlussfolgerung gelangte auf der Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil — Bekleidung Ende November in Nürnberg der Soziologe Dr. Manfred Teschner von der Technischen Hochschule Darmstadt.

In seinem Referat zum Thema: „Die Arbeitnehmerin in der Gesellschaft von heute und morgen“ gab Dr. Teschner folgende Bestandsaufnahme: „Für die Wirtschaft sind die Frauen auch heute noch in erster Linie eine relativ billige Ware Arbeitskraft. Lückenbüsserfunktionen, Tätigkeiten, die von Männern gemieden werden, üben vor allem weibliche Arbeitnehmer aus. Die meisten von ihnen verrichten ungelernete und angelernte Tätigkeiten. Zumeist rangieren sie in den untersten Leistungsgruppen. Facharbeiterinnen sind eine ausgesprochene Seltenheit. In den Spitzenpositionen von Wirtschaft, Verwaltung und Politik bilden die Frauen eine winzige Minderheit. In den Vorständen großer Unternehmen sind sie so gut wie gar nicht vertreten. Die faktische Ungleichheit der Berufschancen verweist auf die Ungleichheit der Bildungschancen.“

Zusammenfassend formulierte Dr. Teschner das Ergebnis der sozialwissenschaftlichen Untersuchungen so: „Es ist der spezifischen ökonomischen Organisation und der realen gesellschaftlichen Machtverteilung zuzuschreiben, daß die Mehrheit der Frauen und der Männer von einer effektiven Mitbestimmung über die Bedingungen, die letztlich auch über ihr privates Dasein entscheiden, ausgeschlossen bleiben.“

Die Frauensekretärin der Gewerkschaft Textil — Bekleidung, Gerda Linde, belegte die Feststellungen von der zweitklassigen Behandlung der berufstätigen Frau mit Zahlen. So waren von den 100 000 in den letzten Jahren in der Textil- und Bekleidungsindustrie Entlassenen 74,2 Prozent Frauen — erheblich mehr, als ihr Beschäftigtenanteil beträgt. Im Höhepunkt der Wirtschaftsrezession 1967 habe der Frauenanteil an den Arbeitslosen dieser Branchen sogar 83,9 Prozent betragen.

Auch die erheblichen Lohndifferenzen zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit bestätigen die traditionelle und systematische Unterbewertung weiblicher Arbeitskräfte. Bei gleichwertiger Arbeit beträgt der Stundenbruttolohn in der Textilindustrie für Männer 4,29 DM, für Frauen jedoch nur 3,44 DM; in der Bekleidungsindustrie sind es 4,47 DM und 3,33 DM.

Mit großer Mehrheit wurden von den 108 Delegierten der 172 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen alle der Konferenz vorliegenden Anträge angenommen, die bei ihrer Verwirklichung eine spürbare Besserung der Lage der berufstätigen

Frauen in der Bundesrepublik bringen könnten. Dazu gehören die Forderungen nach einem besseren Mutterschutzgesetz, einem erweiterten Kündigungsschutz bei Krankheit und Kur, nach Errichtung von Kindergärten, Kinderhorten, Kindertagesstätten und Ganztagschulen und nach Herabsetzung des Rentenbezugsalters für Frauen.

In einer besonderen Entschließung wurden die zahlreichen Anträge gegen die geplante Notstandsgesetzgebung der Bundesregierung zusammengefaßt. Die Delegierten bekräftigten darin ausdrücklich den Antinotstandsbeschuß des DGB-Kongresses vom Mai 1966 und fordern die Gewerkschaft Textil — Bekleidung und den DGB auf, „allen weiteren Versuchen entgegenzutreten, die Grundrechte im Wege der Notstands- und Notdienstgesetzgebung einzuschränken.“

Cl. P.

Vom Wert der Sozialwahlen 1968

Vom 7. bis 9. Juni dieses Jahres finden die allgemeinen Wahlen für die Vertreterversammlungen in der Sozialversicherung statt, am 29. September die Wahlen zu den Vertretungskörperschaften in der Knappschaft. Die Gewerkschaften haben bereits mit der Vorbereitung dieser Wahlen begonnen. Den diesjährigen Sozialwahlen kommt eine besondere Bedeutung zu wegen der verstärkten Angriffe auf die Rechte und Leistungen der Versicherten,

Mehr denn je kommt es deshalb darauf an, in die Selbstverwaltungsorgane, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch vertreten sind, nicht nur sachkundige, sondern auch gewerkschaftspolitisch bewußte und konsequente Männer und Frauen als Sachwalter der Arbeitnehmer zu entsenden.

Das Wissen über Aufgaben, Möglichkeiten und die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung ist auch in Kreisen der aktiven Gewerkschafter nicht sehr verbreitet. So sind beispielsweise nicht alle Leistungen der Sozialversicherung gesetzlich fixiert. Die Krankenkassen können u. a. ein höheres Sterbegeld oder mehr Hausgeld bei Krankenhausaufenthalt zahlen sowie die Zuschüsse zu Zahnersatz, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln erhöhen und verstärkt Kuren durchführen. Diese Mehrleistungen zu beschließen ist Aufgabe der Vertreterversammlung.

Auch in der Rentenversicherung beschließen die Selbstverwaltungskörperschaften über den Ausbau der Einrichtungen und die Höhe der finanziellen Unterstützung für die Familie bei Kuren. Den Vertretungsorganen obliegt ferner die Entscheidung über die Art der Anlage von Reserven und die Wahl des ehrenamtlichen Vorstandes und der hauptamtlichen Geschäftsführung.

Wenn die Bedeutung der Sozialwahlen vielfach unterschätzt wird, so hat dazu auch die Tatsache beigetragen, daß der Bundestag die Amtsdauer der jetzt wirkenden Vertreter, die 1962 gewählt

wurden, von 1966 bis 1968 um zwei Jahre verlängerte. Doch mangelt es auch an der notwendigen Aufklärung über die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Vertreter in der Sozialversicherung.

Zu empfehlen wäre es, wenn in Vorbereitung zu den Sozialwahlen 1968 die bisher amtierenden gewerkschaftlichen Vertreter in Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen unmittelbar vor den Kolleginnen und Kollegen, die sie zu vertreten haben, Bericht über ihre Tätigkeit erstatten und auch die Aufstellung der Kandidaten für die Wahl in gleicher Weise unter direkter Beteiligung aller gewerkschaftlich organisierten Versicherten erfolgte. Dann würde gewiß auch die Wahlbeteiligung in diesem Jahr besser sein als bei früheren Sozialwahlen.

Bei den Sozial- wie bei den Betriebsratswahlen werden neben dem DGB andere Gewerkschaftsorganisationen um die Stimmen der Arbeitnehmer werben. Ohne Frage aber geben die dem DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm verpflichteten Kandidaten den Arbeitnehmern die beste Gewähr für eine wirksame Vertretung ihrer Interessen. Zu Recht erklärte Klaus Bungert von der Abteilung Sozialpolitik beim Bundesvorstand des DGB in seinem Referat über die Sozialwahlen 1968 vor dem Sozialpolitischen Ausschuß der IG Chemie-Papier-Keramik: „Es geht bei diesen Sozialwahlen um die Verteidigung des sozialen Besitzstandes der Arbeitnehmer und darüber hinaus um die Öffnung neuer Wege zum Ausbau der sozialen Sicherung der Versicherten.“

-pp-

Jahreswende - Krisenende?

Stabilisierungsanzeichen sind noch sehr dünn gesät

Trotzdem wird für 1968 neue „Gewinnexplosion“ erwartet

Eine Reihe von Anzeichen deuten darauf hin, daß der zyklische Rückgang der Industrieproduktion am Ende des Jahres 1967 zum Stillstand gekommen ist. Für den Monat Oktober wurde bereits ein leichter Produktionsanstieg von 0,9 Prozent im Vergleich zum Oktober 1966 gemeldet. Die Auftragseingänge der Industrie aus dem Inland haben sich ebenfalls etwas verbessert. Wenn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ aber wegen einer solchen ersten Schwalbe bereits von einem „goldenen Oktober“ sprach, dann bringt eine derartige Formulierung zumindest einen erheblichen Zweckoptimismus zum Ausdruck.

In die gleiche Kategorie ist auch Schillers Rede auf der Godesberger SPD-Bundeskonzferenz einzuordnen. Nach seinen Worten stünde ein neuer Aufschwung unmittelbar bevor. Eine zunehmende Investitionstätigkeit und der anhaltend günstige Export würden sich schon im Frühjahr deutlich positiv auf die Beschäftigungslage auswirken, durch Mehrbeschäftigung die Einkommen erhöhen und damit auch den Verbraucher am bevorstehenden Konjunkturaufschwung teilnehmen lassen.

Ohne gewisse Stabilisierungstendenzen zu übersehen, kann man aber wohl doch sagen, daß einem betonten Optimismus gegenwärtig jegliche Grundlage fehlt. Im Maschinenbau, der als einer der wichtigsten Investitionsgüterproduzenten noch immer in gewissem Umfang die Rolle eines Konjunkturbarometers spielt, sind im dritten Quartal 1967 die Aufträge um weitere 3 Prozent zurückgegangen. Die Auftragsbestände sind gegenwärtig so gering, daß dieser Zweig praktisch über keinerlei Reserven verfügt.

Selbst in Bereichen, die bisher noch auf der Sonnenseite der Konjunktur waren, wie die Chemieindustrie, hat man gewisse Sorgen. Man fürchtet, daß es im Exportgeschäft zunehmende Schwierigkeiten geben wird. Die Abwertung des englischen Pfundes und einer Reihe weiterer Währungen verteuert westdeutsche Waren auf bestimmten Außenmärkten. Ein Exportüberschuß, wie er 1967 erreicht wurde, dürfte 1968 unter diesem Aspekt völlig ausgeschlossen sein. Der bisher höchste Jahresüberschuß der Handelsbilanz wurde 1966 in Höhe von 8,0 Milliarden DM erzielt, in den ersten 10 Monaten des Jahres 1967 waren es dagegen schon rund 75 Prozent mehr, nämlich 14,2 Mrd. DM.

Bestimmte Auftriebstendenzen im Innern werden folglich in einem gewissen Umfang durch zunehmende Exportschwierigkeiten gebremst. Wenn daher ein Produktionsanstieg von etwa 4 Prozent erreicht wird — und eine derartige Schätzung deckt sich mit der Vorausschau des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung —, dann würde lediglich das Niveau des Jahres 1966 wieder erreicht und das des Jahres 1965 nur geringfügig übertroffen. Ein Grund zu besonderem Jubel ist das wirklich nicht.

Doch selbst eine solche Entwicklung brächte für die Arbeiter und Angestellten noch keine Wendung zum Besseren. Denn im Laufe des Monats November hat die Zahl der Arbeitslosen auf 395 000 zugenommen, und die Arbeitslosenquote beträgt damit 1,8 Prozent. Präsident Sabel von der Bundesanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung erklärte in diesem Zusammenhang, er halte es „nicht für tragisch, wenn im Laufe des Winters die Arbeitslosenzahlen wieder die bisherige Spitzenhöhe — Februar mit 3,1 Prozent — erreichen oder gar überschreiten sollten“.

Im wahrsten Sinne „goldenen Zeiten“ gehen aber offensichtlich die Unternehmer entgegen. In seiner bereits erwähnten Rede auf der Godesberger Tagung ging Schiller auch auf die Schätzung der wirtschaftswissenschaftlichen Institute ein, daß sich im Verlaufe des Jahres 1968 die nichtentnommenen Unternehmensgewinne um etwa 15 bis 20 Prozent erhöhen würden. Der Erfinder der „konzertierten Aktion“, der sich selbstverständlich dagegen verwahrt, daß seine Konjunkturpolitik ein Geschenk an die Unternehmer sei, kommentierte die bevorstehende Gewinnexplosion mit der Behauptung, eine solche Entwicklung sei lediglich „eine Verschiebung der Anlaufphase der Konjunktur. Damit wären nämlich nur die absoluten Rückgänge der letzten beiden Jahre wettgemacht. Die soziale Symmetrie wird dadurch nicht erneut belastet“.

Im Gegensatz dazu, und das charakterisiert in besonderem Maße die „soziale Symmetrie“, rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in West-Berlin damit, daß sich die Gesamtsumme der Nettolöhne und -gehälter 1968 lediglich um 1 Prozent erhöht. Das würde nicht einmal ausreichen, um die auch im nächsten Jahr weiter steigenden Mieten und die Preiserhöhungen auszugleichen, die sich aus der Mehrwertsteuer und den höheren Nahrungsmittelpreisen im Gefolge der EWG-Vereinbarungen auf dem Agrarsektor ergeben. Inwiefern unter solchen Umständen die Verbraucher an einem neuen Konjunkturaufschwung teilnehmen sollen, bleibt das Geheimnis des Ministers Schiller. Es besteht sogar die Gefahr, daß sich selbst bei einer konjunkturellen Belebung in der angegebenen Größen-

ordnung die Situation der Arbeiter und Angestellten noch dadurch verschlechtert, daß die Zahl der Arbeitskräfte im Zusammenhang mit hohen Produktivitätssteigerungen weiter zurückgeht. Mitte des Jahres 1967 war das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde um rund 8 Prozent höher als ein Jahr zuvor, gleichzeitig war die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um 630 000, das sind rund 7 Prozent, geringer.

Auch das neue Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der wirtschaftlichen Situation, das unter dem Titel „Stabilität im Wachstum“ erschien, bewegt sich in einem Rahmen, der deutlich von Schillers „konzertierter Aktion“ beeinflusst ist. In diesem Gutachten wird der Vorschlag für einen „Rahmenpakt“ in Form eines „multilateralen Interessenclearings der autonomen Wirtschaftsgruppen“ entwickelt, der für die Jahre 1968/69 abgeschlossen werden soll. Er sieht im wesentlichen Investitionsprämien und Steuernachlässe für die Unternehmer, Lohnleitlinien für die Gewerkschaften (das Maximum liegt bei 70 Prozent des Produktivitätszuwachses), zweijährige Laufzeit der Tarifverträge und eine sehr stark wachsende staatliche Investitionstätigkeit vor, die durch Kreditaufnahmen finanziert werden soll.

Zu welchen Folgen eine wachsende Staatsverschuldung führt, dürfte eigentlich die Regierung Erhard zur Genüge bewiesen haben. Auch Lohnleitlinien und Steuergeschenke an die Unternehmer, die wesentlichen Momente der Schillerschen Wirtschaftspolitik, haben der Arbeiterschaft, wie das abgelaufene Krisenjahr bewiesen hat, zusätzliche Lasten aufgebürdet. Unbestritten dagegen bleibt, daß wachsende Arbeitereinkommen zu einer erhöhten Nachfrage führen und die Produktion stimulieren. Staatliche Investitionen können eine solche Entwicklung unterstützen. Aber dazu sind keine Kredite notwendig.

Der international bekannte Ökonom Professor Fritz Baade hat im „Stern“ die Frage gestellt: „Hat die Bundeswehr uns das Wirtschaftswunder ruiniert?“, und sie mit einem Hinweis auf die klugen Japaner beantwortet: „Sie behielten ihren kühlen Kopf und investierten riesige Summen statt in unproduktiven Rüstungsgütern in nutzbringenden Dingen, die eine Wirtschaft rasch weiter wachsen lassen: in neuen Fabriken, besseren Maschinen, im Ausbildungswesen. So wuchs Wirtschaft und Wohlstand unaufhaltsam.“

Unter diesem Aspekt ist es für die Gewerkschaften an der Zeit, ein eigenes Alternativprogramm vorzulegen, in dem die Interessen der arbeitenden Menschen wirklich berücksichtigt werden.

Dr. Tu.

Die Wirtschaft der DDR

Entwicklung und Funktion des neuen ökonomischen Systems Eine Serie von Dr. Karl-Heinz Arnold

Die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR hat in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung genommen. Mit ihren rund 17 Millionen Einwohnern ist die DDR in der Reihe der modernen Industriestaaten an die neunte Stelle aufgerückt. Der stellvertretende Chefredakteur der „Berliner Zeitung“, Dr. Karl-Heinz Arnold, hat sich freundlicherweise bereit erklärt, für uns eine Artikelserie über die Grundlagen der Wirtschaftspolitik der DDR unter besonderer Beachtung des „neuen ökonomischen Systems“ zu schreiben, die wir mit folgendem Beitrag beginnen:

Man ist auch im vergangenen Jahr in der DDR mit der sozialistischen Planwirtschaft nicht schlecht gefahren. Immerhin hat die Industrieproduktion um rund 7,5 Prozent zugenommen, die Produktivität je Arbeitsstunde um etwa 8,5 Prozent und das Nationaleinkommen (Nettosozialprodukt) um reichlich 5 Prozent. Ab Herbst 1967 wurde die volle 5-Tage-Woche gesetzlich eingeführt und die Arbeitszeit auf 43¼ Stunden bzw. 42 Stunden (bei Dreischichtarbeit) verkürzt.

Schon im Frühjahr 1966 war für sieben-einhalb Millionen Werktätige zunächst der 5-Tage-Rhythmus in jeder zweiten Woche eingeführt und die Arbeitszeit auch außerhalb der Industrie auf 45 Stunden verkürzt worden. Das war bei der relativ sehr ungünstigen Altersstruktur der DDR (überdurchschnittlich hoher Anteil an Rentnern) nicht einfach, hat sich aber inzwischen gut eingespielt. Ferner konnte der gesetzliche Mindesturlaub um ein bis drei Tage auf 15 Arbeitstage verlängert werden; das betrifft rund 1,5 Millionen Werktätige, während 65 Prozent aller Beschäftigten bereits einen Jahresurlaub von 18 Arbeitstagen und mehr erhalten.

Weiter sind — ebenfalls 1967 — die Mindestlöhne und Monatslöhne von mehr als 80 000 Beschäftigten der unteren Lohngruppen erhöht worden. Das ist eine staatliche, mit den Gewerkschaften abgestimmte Maßnahme außerhalb der normalen, durch Leistungszuwachs bedingten Steigerung der Arbeitseinkommen.

Schließlich beschloß der DDR-Ministerrat eine Reihe Vergünstigungen für Familien mit vier und mehr Kindern. Insbesondere wurde das staatliche, ohne Abzüge zum Lohn oder Gehalt gezahlte Kindergeld für das vierte Kind auf 60 Mark, für jedes weitere Kind auf 70 Mark monatlich erhöht.

1967 war also für die Bürger der DDR ein Jahr der sozialen Sicherheit, wachsender Wirtschaftskraft und verbesserter Lebenshaltung. In diesem Zeichen steht auch 1968. Zweifellos beruhen solche Ergebnisse — die nicht ohne Schwierigkeiten erreicht und kei-

neswegs als ein rosiges „non plus ultra“ angesehen werden — auf dem Leistungswillen von knapp acht Millionen Werktätigen. Diese Feststellung bedarf jedoch der Ergänzung.

Der im letzten halben Jahrzehnt besonders offensichtliche wirtschaftliche und sozialpolitische Aufschwung der DDR ist ganz wesentlich eine Folge des Zusammenwirkens von drei Faktoren:

Erstens tragen die nach 1945 mit sehr großer Kraftanstrengung und unter manchem Konsumverzicht vorgenommenen Investitionen für eine leistungsfähige, sich in den notwendigen Proportionen entwickelnde Volkswirtschaft zunehmend ihre Früchte. Noch über den Zeitpunkt hinaus, als die Spaltung Deutschlands durch die Bildung der Bundesrepublik perfekt gemacht wurde, war die danach, im Oktober 1949, gegründete DDR ein Wirtschaftstorso. Ihm fehlten entscheidende Industriezweige oder sie waren unterentwickelt. Beispielsweise startete die DDR mit vier Hochöfen gegen 120 an Rhein und Ruhr. Inzwischen ist aus diesem Torso ein Industriestaat geworden, der zu den zehn leistungsfähigsten Ländern der Erde auf diesem Gebiet zählt. Die Arbeiterklasse der DDR hat, zusammen mit den anderen Werktätigen, die Wirtschaft planen und leiten gelernt — und sie kann es gut, wie die Ergebnisse zeigen.

Zu dem Aufschwung hat zweitens die Sicherung der Staatsgrenze im Sommer 1961 beigetragen. Der Versuch, die DDR ökonomisch zum Ausbluten zu bringen, mißlang.

Drittens wurde an einem bestimmten Entwicklungsabschnitt der Übergang zu neuen Methoden volkswirtschaftlicher Planung und Leitung vollzogen. Die Einführung des neuen ökonomischen Systems in den Jahren ab 1963/64 war die Konsequenz aus einer objektiven Notwendigkeit: Auf dem erreichten Stand der wirtschaftlichen Entwicklung erwies es sich als unabweislich, die vorwiegend administrativen Methoden der Wirtschaftsführung durch ökonomisch bedingte Kri-

terien abzulösen und den bisherigen Maßstab Bruttoproduktion (lediglich quantitativer Zuwachs) durch qualitative Maßstäbe zu verdrängen. Diese ökonomisch wirksamen Faktoren — wie Industriepreise und Löhne, Qualität und Kosten von Produkt und Produktion sowie Kredit und Zins — waren bereits in den fünfziger Jahren in den Vordergrund getreten. Jetzt wurden sie organisch zu einem System verbunden. Dabei erhält die Initiative von Betrieben und Belegschaften einen sehr weiten Spielraum; die auf erheblich vergrößerte gewerkschaftliche Rechte gestützte Demokratie im Betrieb — „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ — erhält einen noch tieferen Inhalt.

Das neue ökonomische System hat einen einfachen Kern: Was dem Betrieb, der Volkswirtschaft und Gesellschaft nützt, muß auch für den einzelnen von Vorteil sein. Je besser, rationaler, ergebnisreicher in Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Handel usw. gearbeitet wird, desto rascher vollzieht sich die „Kettenreaktion“: wachsende Wirtschaftskraft — wachsende Leistung — wachsender Anteil, je höher seine persönliche Leistung ist. Das kann selbstverständlich nur dort angestrebt und erreicht werden, wo gesellschaftliches Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln die Möglichkeit bietet, das persönliche mit dem gesellschaftlichen Interesse organisch zu verbinden.

Das neue ökonomische System der Planung und Leitung verbindet eine strukturelle Entwicklung der Wirtschaft, die den Erfordernissen der technischen Revolution Rechnung trägt und von der Volkskammer in Jahres- und Perspektivplänen der DDR (jetzt bis 1970) gesetzlich festgelegt ist, mit der Eigeninitiative der Betriebe und Vereinigungen Volkseigener Betriebe (diese rund 90 VVB umfassen die großen volkseigenen Betriebe jeweils eines Industriezweiges). In diesem volkswirtschaftlichen Rahmen ist das Wirken der Industriepreise und Kosten, der Betriebsgewinne, der Löhne und Prämien für überdurchschnittliche Leistungen, der Amortisationen, Bankkredite und Zinsen so aufeinander abgestimmt, daß diese „ökonomischen Hebel“ einen hohen Zuwachs an Nationaleinkommen (Nettosozialprodukt) fördern.

Sozialismus — das heißt, was des Volkes Hände schaffen, ist auch des Volkes eigen. Das verlangt zugleich, so wissenschaftlich zu planen und zu leiten, so gut zu wirtschaften, daß unter den Anforderungen einer modernen Industrieproduktion hohe Ergebnisse für die Weiterentwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards erreicht werden.

(Wird fortgesetzt)

Die ökonomische Lehre von Karl Marx

Vom Sinn der Produktion und der Stellung des Menschen Produktion, Verteilung, Konsumtion: Marxismus in Stichworten

In zunehmendem Maße beschäftigen sich in der Bundesrepublik Wissenschaftler, Studenten und Gewerkschafter mit der ökonomischen Lehre von Karl Marx. Wenn dies auch oft mit negativen Vorzeichen geschieht, zeigt es aber doch, daß der Marxismus — nicht zuletzt auf Grund der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den sozialistischen Ländern — wachsendes Interesse bei den Menschen findet, die eine Veränderung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für notwendig halten. Das gilt besonders für die Mehrheit der Gewerkschafter. Um vor allem sie mit den Grundzügen des Marxismus bekannt zu machen, wollen wir mit einigen Artikeln versuchen, die ökonomische Lehre von Karl Marx darzustellen.

Die ökonomische Lehre von Karl Marx beschäftigt sich mit den Beziehungen zwischen den Menschen im Prozeß ihrer Arbeit, d. h. im Prozeß der Herstellung materieller oder auch geistiger Güter. Im Mittelpunkt der marxistischen politischen Ökonomie steht daher der Mensch als arbeitendes Wesen, weil die Arbeit die Grundlage seiner Entwicklung selbst ist, seiner Fähigkeiten, seiner Individualität, seiner Persönlichkeit. Indem die Marx'sche politische Ökonomie die wesentlichen Zusammenhänge im Prozeß der Arbeit der Menschen, im Prozeß der Produktion aufdeckt, liefert sie uns den Schlüssel zum Verständnis der ökonomischen Situation der Gegenwart in unserem Lande und damit den Schlüssel für den Kampf der Gewerkschaften.

In der Produktion werden materielle Güter erzeugt, die für die Konsumtion, d. h. für den Verbrauch, bestimmt sind. Sinn der Konsumtion ist es, das Leben des Menschen selbst zu erhalten. Die Entwicklung der Produktion hat daher den Sinn, das Leben des Menschen zu entwickeln, es menschlicher, schöner zu machen.

Bevor die produzierten Güter jedoch konsumiert werden können, müssen sie unter die Mitglieder der Gesellschaft verteilt werden. Produktion und Konsumtion werden daher vermittelt durch die Verteilung der Güter, auch Distribution genannt. Der Gesamtprozeß, d. h. die Einheit von Produktion — Verteilung — Konsumtion, ist die Reproduktion. Reproduktion bedeutet, daß alle gegenständlichen und gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion immer wieder hergestellt werden müssen, damit die Produktion sich fortsetzen kann: Der Mensch, der in der Arbeit seine Kraft verbraucht, muß diese wieder ersetzen und fähig sein, einen erneuten Prozeß der Arbeit zu beginnen. Die materiellen Mittel der Produktion müssen wieder an Ort und Stelle der Produktion bereitliegen (das verbrauchte Material und die im Produktionsprozeß abgenutzten Maschinen u. Ä. müssen ersetzt werden).

Die Produktion materieller Güter stellt nichts anderes dar als die Aneignung

der Natur durch den Menschen. Im Unterschied zum Tier eignet sich der Mensch die Natur nicht so an, wie er sie vorfindet, sondern er formt sie mit Hilfe der Produktionsmittel um. Er paßt sie seinen Bedürfnissen an. Der Mensch, der Komplex von Mitteln der Produktion, die er auf die Natur richtet (Maschinen, Anlagen, Gebäude, Verkehrswege, Nachrichtenverbindungen usw. sowie Materialien und Halbfabrikate) und die Natur selbst sind die Produktivkraft der Gesellschaft.

Die Aneignung der Natur durch die Menschen ist jedoch nie eine Aneignung durch einzelne Individuen. Die Produktion ist immer eine gesellschaftliche Produktion. Die Beziehungen der Menschen im Prozeß der Produktion materieller Güter sind die Produktionsverhältnisse; sie werden auch oft Aneignungs- oder einfach Eigentumsverhältnisse genannt. Die Aneignung der Natur, oder die Bildung des Eigentums, beginnt mit der Aneignung der Produktionsmittel. Danach ist die Aneignung des Produktionsprozesses und erst zuletzt Aneignung der Produkte, d. h. der Resultate der Produktion. Die Art und Weise der Aneignung der Produktionsmittel ist daher entscheidend für die Art und Weise der Produktion und damit die Art und Weise der Verteilung der Produkte und der Konsumtion.

Wir kennen zwei Grundtypen der Eigentumsverhältnisse: das Privateigentum und das gesellschaftliche Eigentum. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, in deren letzter oder höchster Phase wir leben, gründet sich auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Aber es ist ein Privateigentum, das nur wenigen Besitzern gehört. Die Masse der Bevölkerung ist in bezug auf die Produktionsmittel eigentumslos. Sie kann daher über die Verwendung der Produktionsmittel nicht oder nur unzulänglich mitbestimmen und muß sich das Recht um Mitbestimmung erkämpfen und damit den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, der aus diesen Eigentumsverhältnissen in ihrer heutigen hochkonzentrierten Form entspringt, einschränken.

Aus den Produktions- oder Eigentumsverhältnissen ergeben sich die

grundlegenden gesellschaftlichen Gruppierungen, die Klassen und Schichten, und die Interessen, die diese Klassen vertreten. So bedeutet Privateigentum an den Produktionsmitteln immer die Existenz einer Klasse von Privateigentümern. Das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln zeichnet sich dadurch aus, daß es einer immer kleiner werdenden Schicht der Gesellschaft die Verfügung über die Produktionsmittel gibt, an denen die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft gezwungen ist zu arbeiten.

Die Bedingungen dieser Arbeit, ihre Entlohnung, Dauer, Charakter, Art der Produkte usw. werden von den Interessen der Privateigentümer diktiert, die eine möglichst hohe Verwertung ihres privaten Reichtums und die Sicherung ihrer Eigentumsinteressen anstreben. Ihr Machtmittel ist das Eigentum an den Produktionsmitteln, ohne die die übrige Gesellschaft nicht arbeiten und damit nicht leben kann. Der Staat sichert dieses Eigentum ab.

Die Interessen der arbeitenden Schichten der Gesellschaft, insbesondere der Arbeiterklasse, stehen diesen Interessen der kapitalistischen Privateigentümer diametral gegenüber. Das Machtmittel der arbeitenden Bevölkerung ist ihre Organisation und ihr einheitliches Auftreten gegen die Privatinteressen, die ja ohne die Arbeit des Volkes nicht verwirklicht werden können. In der kapitalistischen Form des Privateigentums wird der natürliche Sinn der Produktion umgekehrt: Das Ziel der Produktion ist die Sicherung des Maximalprofites der Produktionsmittelbesitzer und die Erhaltung ihres Privateigentums. Die wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Menschen, ja ihr Leben werden diesem Ziel rücksichtslos geopfert.

Dieser Klassen- und damit Interessengegensatz des Kapitalismus verlangt gebieterisch eine Lösung, wenn die Gesellschaft nicht durch die herrschenden Privateigentümer erneut ins Unglück gestürzt werden soll. Das Privateigentum war jahrhundertlang in der menschlichen Geschichte eine der Haupttriebkraft des geschichtlichen Fortschritts. In unserer Zeit jedoch ist der Gegensatz zwischen den Interessen einer winzigen Minderheit, die über das Kapital verfügt, und der Mehrheit des Volkes so zugespitzt, daß die Beseitigung des herrschenden Einflusses des Privateigentums in der Gesellschaft auf der Tagesordnung steht.

Es ist das Verdienst von Karl Marx, die Bedeutung dieses Klassen- und Interessengegensatzes des Kapitalismus, seine historische Entwicklung und die Notwendigkeit seiner Ablösung nachgewiesen zu haben, weil er seine Wurzeln weder in der Politik noch in der Moral oder Ideologie, sondern in der Ökonomie, in der Arbeit und dem Arbeits- oder Produktionsverhältnis aufgedeckt hat.

H. W.

Mifri: Sanierung der Rüstungskasse

Unsozialstes Gesetz seit Bestehen der Bundesrepublik Fortsetzung der Demontage des sozialen Rechtsstaates

Bundeslag und Bundesrat haben (bei Stimmenthaltung der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bremen) das Finanzänderungsgesetz 1967 für die sogenannte mittelfristige Finanzplanung (Mifri) verabschiedet und damit den seit Bestehen der Bundesrepublik umfassendsten und massivsten Eingriffen in die sozialen Rechte und Leistungen der Werktätigen zugestimmt. Der „Katalog sozialen Rückschritts“ (NA 12/1967) soll nun verwirklicht werden.

Vereinzelte eingebaute Verbesserungen, wie die Einbeziehung aller Angestellten in die Rentenversicherungspflicht und aller Rentner in die Krankenversicherungspflicht, können über die Grundkonzeption der Mifri nicht hinwegtäuschen: Der Bundeshaushalt soll auf Kosten der Sozialausgaben „ausgeglichen“ werden, damit die Rüstungsausgaben, wie Minister Schröder es am 28. Dezember erst wieder verlangte, weiter steigen können. Die mit dem Finanzänderungsgesetz für die Jahre 1968 bis 1971 beschlossenen Haushaltskürzungen belaufen sich insgesamt auf 15,1 Milliarden DM. Davon entfallen 11,3 Milliarden DM, also 75 Prozent, auf den Sozialbereich. Der kleine Mann — Arbeiter, Angestellte, Rentner, Landwirte und Mittelständler — wird geschöpft, damit die Profite der Rüstungsindustriellen, der Banken und Konzerne noch größer werden.

Deutlicher denn je wird mit der Mifri die 1954 vom 3. DGB-Bundeskongreß in der Entscheidung gegen jeden Wehrbeitrag ausgesprochene Warnung bestätigt, daß die „Wiederaufrüstung und Bildung einer deutschen Armee die Gefahr der Schaffung eines militaristischen Obrigkeitsstaates“ bedeuten, der das „Ende der Anstrengungen der deutschen Arbeiterbewegung für die Schaffung einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratie“ bringen könnte.

36 Gesetze werden vom Finanzänderungsgesetz betroffen. Am umfangreichsten sind die Eingriffe und Belastungen in der Renten- und Krankenversicherung für Arbeitnehmer und Rentner (s. „Dynamische Rente wird unterwandert“). Die unsozialste Maßnahme ist die Kürzung der Sozialrenten durch den 2prozentigen Beitrag zur Krankenversicherung, die erfolgt, obwohl das Bundesarbeitsministerium im Juni 1967 im Vorgriff auf den „Sozialbericht“ bekanntgab, daß rund zwei Drittel der 4,5 Millionen Erwerbsunfähigkeits- und Altersrenten aus den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten unter dem durchschnittlichen Sozialhilferegelsatz für ein älteres Ehepaar liegen.

Die Anpassungsvorschrift für die mehr als 2,7 Millionen Kriegsofferrenten wurde zwar nicht völlig gestrichen. Aber der 1969 fällige Bericht der Bun-

desregierung über die Möglichkeit einer Anpassung der Kriegsofferrenten wurde bis zum 31. Dezember 1970 und damit bis nach den nächsten Bundestagswahlen verschoben. Mindestens für vier Jahre bleiben die Kriegsofferrenten dadurch auf dem Stand vom 1. Januar 1967. Das Kindergeld wird zwar nicht gekürzt, aber offensichtlich, weil eine Nachprüfung ergeben hat, daß der Gesamtbedarf an Kindergeld für 1968 ohnehin nicht höher als im abgelaufenen Jahr sein wird und bereits 715 Millionen DM 1968 bis 1971 durch den ersatzlosen Fortfall der Ausbildungszulage („Pennälergehalt“) eingespart werden.

Die schon 1965 mit der Mutterschutz-Novelle beschlossene Klinikentbindung als Pflichtleistung ist nun nach drei Jahren doch zu Lasten der Krankenkassen in Kraft gesetzt worden, während die staatlichen Aufwendungen und der Ersatz für Mutterschaftshilfe an die Krankenkassen drastisch reduziert wurden. Weitere Kürzungen des Sozialaufwandes treffen kleine und mittlere Landwirte und Soldaten.

Mit der Mifri soll — so wird von der Regierung der Großen Koalition erklärt — die Krise der Staatsfinanzen überwunden und die Wirtschaftskonjunktur angekurbelt werden. Doch die Bonner Finanzen sind nicht durch zu hohe Sozialausgaben, sondern durch den maßlosen Rüstungsaufwand, die finanzielle Unterstützung der USA im Vietnamkrieg, die kostspielige Stützungsaktion des US-Dollars, die Notstandsvorbereitungen usw. zerrüttet und können nur durch eine grundlegende Änderung der Bonner Politik gesunden.

Die Einschränkung der Massenkaufkraft durch die Belastung der Arbeitnehmer- und Rentnereinkommen, die mit einer neuen Teuerungswelle zusammenfällt, ist genau das Gegenteil von dem, was zur Konjunkturbelebung notwendig wäre. So haben auch die Sachverständigen in ihrem letzten Gutachten über die Wirtschaftsentwicklung empfohlen, die Beitragserhöhung zur Rentenversicherung aufzuschieben und die Lohnsteuer vorübergehend zu senken, um damit die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu erhöhen. Das entspricht von den Gewerkschaften mehrfach vertretenen Forderungen.

Im Gegensatz dazu haben die Unternehmer die rückläufige Konjunktur rücksichtslos ausgenutzt, um in den Betrieben die Effektivverdienste und die betrieblichen Sozialleistungen abzubauen und darüber hinaus versucht, einen Lohnstopp durchzusetzen. Das Verhalten der Unternehmer und die Maßnahmen der mittelfristigen Finanzplanung stehen eindeutig im Gegensatz zu der vom SPD-Wirtschaftsminister Schiller beschworenen „sozialen Symmetrie“ wie auch zu den in der Erklärung der SPD-Regierungsmannschaft vom Januar 1965 formulierten sozialpolitischen Aufgaben und Zielen. Die Mifri wird gegen den Protest der Gewerkschaften und der Sozialverbände verwirklicht, und das bedeutet, daß mit Protesten allein der soziale Besitzstand der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Rentner nicht erfolgreich verteidigt werden kann. Hier helfen nur wirkungsvolle Aktionen der Gewerkschaften und eine energische aktive Lohnpolitik. A. Böppe

Knappschaftsrenten in Gefahr

Im Rahmen der sogenannten mittelfristigen Finanzplanung will die Regierung der Großen Koalition 1968 bis 1971 3,346 Milliarden DM Bundeszuschüsse an die Bergbau-Berufsgenossenschaften und an die knappschaftliche Renten- und Krankenversicherung einsparen. Das von Regierung und Bergbauunternehmer gemeinsam forcierte Geschäft am Zechensterben soll so durch rigorose Drosselung der Sozialausgaben für die Bergbauarbeiter ergänzt werden.

Für die Knappschaftsrentner soll nicht nur ab Januar 1968 die Rente durch den Beitrag zur Krankenversicherung wie für alle anderen Sozialrentner gekürzt, sondern zusätzlich die neue und alte Knappschaftsrente in einem Zeitraum von fünf Jahren durch Herabsetzung der Steigerungssätze um 20 Prozent bzw. teilweise Aussetzung der jährlichen Anpassungen vermindert werden. Begründet wird das mit der Behauptung, die Knappschaftsrenten seien zu hoch, teilweise höher als der Verdienst im Bergbau, und Renten von mehr als 1000 DM seien keine Seltenheit.

Einer sachlichen Prüfung hält jedoch diese Zweckbehauptung nicht stand. Nach dem Sozialbericht 1967 hat im Januar 1967 die durchschnittliche Höhe der Erwerbsunfähigkeitsrente 517,10 DM, des Altersruhegeldes ab 65. Lebensjahr 605,70 DM und die Witwenrente 310,70 DM betragen. Nach einer Statistik der Ruhrknappschaft vom 30. September vorigen Jahres erreichten nur 1,66 Prozent der Erwerbsunfähigkeitsrenten und 5,60 Prozent der Ruhegelder ab 65. Lebensjahr 1000 DM und mehr.

Gegen Leitlinien für die Lohnpolitik

Kapitalistische Wirtschaftskrisen sind systembedingt Bemerkungen zum Gutachten der Sachverständigen

Das vierte Jahresgutachten des Sachverständigenrates ist eine umfangreiche Studie von 320 Druckseiten. Wie bisher dient es dazu, die augenblickliche Wirtschaftssituation in der Bundesrepublik zu analysieren und Prognosen aufzustellen für die künftige Entwicklung. Die Tatsache, daß das Jahresgutachten 1966 erhebliche Fehleinschätzungen enthielt, die durch ein zweites Gutachten korrigiert werden mußten, zeigt die Fragwürdigkeit der in den Arbeiten der fünf Sachverständigen gemachten Voraussagen.

Einleitend stellt der Sachverständigenrat fest, daß seit Sommer 1967 Zeichen einer neuen wirtschaftlichen Belebung spürbar seien, daß aber derart scharf und umfassend wie in der Bundesrepublik zwischen Herbst 1966 und Frühjahr 1967 die Nachfrage nach 1945 „in keinem der großen westeuropäischen Industrieländer“ zurückgegangen sei. Dafür seien, so stellen die Sachverständigen fest, nicht Fehlinvestitionen — also Überkapazität und ein zu enger Markt — und Strukturkrisen verantwortlich zu machen, sondern die Tatsache, daß „die wirtschaftspolitischen Instanzen zu spät und zu zögernd“ der im Frühjahr 1966 beginnenden Krise entgegengetreten seien. Der Bundesbank wird dabei vorgeworfen, daß sie mit restriktiven und belebenden Maßnahmen zu spät und unzulänglich reagiert hätte.

Diese Feststellung wird auch von den Gewerkschaften als ganz besonders klug eingeschätzt, obwohl sie einer der grundlegenden Fehler des Gutachtens ist. Die Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise liegt nicht in der Unfähigkeit der Erhard-Regierung, sondern im System der kapitalistischen Wirtschaft. Sie wurde lediglich durch eine falsche Politik verschärft; und falsch ist dabei nicht nur, daß Regierung und Bundesbank nicht bzw. zu spät reagiert haben, sondern falsch ist vor allem die politische Konzeption der CDU/CSU mit ihrer Forderung nach Granzkorrekturen, der Aufrechterhaltung des Alleinvertretungs-Anspruches und der sich daraus ergebenden wirtschaftlich ruinösen und politisch gefährlichen Rüstungspolitik, die den Staatsverbrauch auf fast 50 Prozent des Bruttosozialproduktes heraufgetrieben hat.

Bezüglich der Vorausschätzung kommandier Wirtschaftsentwicklung machen die Sachverständigen den Vorbehalt, daß es nicht sinnvoll sei, infolge der nicht kalkulierbaren Auswirkungen wirtschaftlicher Maßnahmen der Bundesregierung über das erste Halbjahr 1968 hinauszugehen. Folgende Zuwachsraten werden dabei für das erste Halbjahr 1968 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum u. a. geschätzt:

Bruttosozialprodukt = plus 5,5 Prozent
Staatsverbrauch = plus 4,0 Prozent
Privatverbrauch = plus 2,5 Prozent

Bruttoeinkommen
aus unselbst. Arbeit = plus 3,0 Prozent
aus Unternehmer-
tätigkeit u. Vermög. = plus 8,0 Prozent
Preisentwicklung = plus 1,5 Prozent

Bezüglich der Brutto Lohn- und Gehalts-
summe für das erste Halbjahr 1968 wird von den Gutachtern eine Steigerung von 2,5 Prozent für möglich gehalten. Aber dazu stellen sie gleichzeitig fest, daß durch höhere Beiträge zur Sozialversicherung und durch Aufhebung der Pflichtversicherungsgrenze für Angestellte das Nettoeinkommen langsamer wachsen wird. Da ebenfalls eine Preissteigerung von 1,5 Prozent infolge Mietsteigerungen, Mehrwertsteuer und höherer Verkehrstarife eintreten dürfte, wird der Reallohn und damit die Kaufkraft kaum zunehmen. Stellt man dagegen die Einkommensentwicklung aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und berücksichtigt man den geschätzten Produktivitätsanstieg von 4,5 bis 5 Prozent, so steht eines auf jeden Fall fest: Die Unternehmergewinne werden auch 1968 in die Höhe springen.

Schließlich empfehlen die Sachverständigen für 1968 und 1969 einen „Rahmenpakt für Expansion und Stabilität“ zwischen allen Beteiligten des Wirtschaftsprozesses, das heißt zwischen den Teilnehmern der „konzertierten Aktion“. Hier sollen Lohnleitlinien festgelegt werden.

Der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, sagte dazu, daß zwar das Gutachten des Sachverständigenrates eine Reihe wichtiger und positiver Anregungen enthalte, stellt aber angesichts der Vorschläge zur Lohnpolitik die Frage, wer eigentlich Träger der Lohnpolitik sei: der Sachverständigenrat oder die Gewerkschaften? Lohnleitlinien führten letzten Endes zu einer faktischen Aushöhlung der Tarifautonomie. Durch Leitlinien werde der Eindruck erweckt, daß wirtschaftlich vertretbare Ausmaß von Lohn- und Gehaltserhöhungen sei objektiv mit wissenschaftlichen Methoden zu bestimmen. Die IG Metall werde auch in Zukunft Lohnleitlinien ablehnen und weiterhin ihre lohnpolitische Konzeption selbst entwickeln.

Angesichts der Tatsache, daß das Sachverständigen-Gutachten in der Öffentlichkeit ein bestimmtes Gewicht hat, wird es notwendig sein, die Einzelhei-

ten noch einmal näher unter die Lupe zu nehmen. Interessant für die Gewerkschaften ist zweifellos die Feststellung des Sachverständigenrates, daß zur Stabilisierung der Wirtschaft eine Kaufkraftsteigerung unerlässlich sei. Das heißt aber, lohnpolitische Ziele anzusteuern, die über die Empfehlungen des Sachverständigenrates hinausgehen, denn die Größe der Kaufkraft hängt von der Höhe des Reallohnes ab. Die im Sachverständigenrat empfohlene Steigerung der Bruttolöhne wird nicht einmal die Belastungen der Arbeitnehmerhaushalte kompensieren. -ger

Mehrwertsteuer-Broschüre

Vom Bundespresseamt wird zur Aufklärung der Verbraucher über die Einführung der Mehrwertsteuer eine Broschüre verteilt, in der in Übereinstimmung mit bereits vom DGB geäußerten Befürchtungen festgestellt wird, daß „die Mehrwertsteuer von manchen als Freibrief für willkürliche Preiserhöhungen angesehen wird“. Die Aufklärungsschrift soll dem Verbraucher helfen, sich gegen ungerechtfertigte Preiserhöhungen zu wehren.

Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß diese Aufklärungsbroschüre dazu beitragen wird, eine allgemeine Preiserhöhung im Zuge der Einführung der Mehrwertsteuer zu verhindern, zumal die Kommunen schon angekündigt haben, daß die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität heraufgesetzt werden müßten.

„Ein unvergleichlicher Siegeszug“

Unter diesem Titel ist kürzlich eine von Kurt Erlebach, Hamburg, herausgegebene Broschüre zur Sozialistischen Oktoberrevolution erschienen. Die Broschüre enthält Beiträge führender Persönlichkeiten kommunistischer Parteien, und zwar:

Jacques Duclos, Frankreich: „Die Oktoberrevolution 1917 und ihre Auswirkung auf Frankreich“;

R. Palme Dutt, Großbritannien: „Die Oktoberrevolution und die britische Arbeiterklasse“;

Max Reimann, Deutsche Bundesrepublik: „Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Werktätigen unseres Landes. Das Verhältnis zur Sowjetunion — Schicksalsfrage unserer Nation“;

Tomas Tirado, Spanien: „Der rote Oktober in den Städten und auf dem Lande Spaniens“;

„Ein unvergleichlicher Siegeszug“, broschürt, 81 Seiten, 2,50 DM. Bezugsnachweis: Versandbuchhandel Erna Mayer, Hamburg.

Dynamische Rente wird „unterwandert“

Staatliche Zuschüsse werden immer geringer

Bonn zerstört finanzielle und soziale Grundlage der RV

Das Rücklagevermögen der Rentenversicherung der Arbeiter hat sich in den ersten neun Monaten des Jahres 1967 um 2,65 Milliarden DM von 16 auf 13,35 Milliarden DM verringert. Für das ganze Jahr 1967 wird das Defizit voraussichtlich mehr als 3 Md. DM betragen. Im September 1966, bei der Aufstellung der Haushaltspläne für 1967, wurde noch mit einem Beitragszuwachs von 6 Prozent gerechnet. Tatsächlich aber waren die Beitragseinnahmen in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres um 2,1 Prozent geringer als im Vorjahr. Der Voranschlag für die Beitragseinnahmen wurde infolge Konjunkturverfalls, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Abbaus der Effektivverdienste usw. um 8,1 Prozent unterschritten.

Wäre die Bundesrepublik ein sozialer Rechtsstaat, müßten in einer solchen Situation die staatlichen Zuschüsse zur Rentenversicherung erhöht werden. Die in Bonn regierende Große Koalition aber handelt genau entgegengesetzt. Für 1967 wurden den Rentenversicherungen die Bundeszuschüsse um einen Betrag gekürzt, der doppelt so hoch war wie 1966, um damit den Bundeshaushalt auszugleichen. Mit dem Finanzänderungsgesetz 1967 werden den Rentenversicherungen in den Jahren 1968 bis 1971 weitere Milliarden Mark Bundeszuschüsse entzogen, zugleich aber die Beiträge für Arbeiter, Angestellte und freiwillig Versicherte drastisch erhöht: Der Beitragssatz für die Pflichtversicherten soll bis 1970 von 14 auf 17 Prozent steigen. Den Arbeitnehmern werden dadurch allein in den drei Jahren 1968 bis 1970 rund 6 Milliarden DM Beitrag mehr aus der Tasche gezogen. In diesem Jahr wird zwar der Beitrag nur von 14 auf 15 DM, der Höchstbeitrag aber von 196 auf 240 DM im Monat steigen. Bis 1970 soll der Mindestbeitrag für die freiwillig Versicherten von jetzt 14 auf 51 DM im Monat erhöht werden.

Zur Rentenreform hatte die SPD 1956 einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Darin war vorgesehen, die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung auf 40 Prozent der Gesamtausgaben zu erhöhen. Damit wäre erreicht worden, daß der Bund nicht nur, wie es das Grundgesetz vorschreibt, voll die Kriegsfolgelasten in der Rentenversicherung finanziert, sondern sich auch tatsächlich an der sozialen Sicherung für die Arbeitnehmer beteiligt, wie es seit Gründung der Rentenversicherung vorgesehen ist. Die Unternehmerverbände, so die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) in ihrer „Denkschrift zu Problemen der Sozialreform“, und die Mehrheit der CDU/CSU aber haben damals wie heute das Ziel angestrebt, die staatlichen Zuschüsse zur Rentenversicherung schrittweise abzubauen, die gesetzliche Rentenversicherung nur noch aus den Beiträgen finanzieren zu lassen, ihr Leistungsrecht durch Individualisierung der privaten Versicherungswirtschaft anzupassen und damit die solidarische und soziale Grundlage der gesetzlichen Rentenversicherung zu beseitigen.

Die Rentenreform war ein entscheidender Schritt in diese Richtung. Festgelegt wurde, daß der Staat an der Alterslast, d. h. Finanzierung der Altersrenten, nicht mehr beteiligt ist. Die Beiträge wurden 1957 schon erhöht. Erich Ollenhauer, damaliger SPD-Vorsitzender, stellte daher in der abschließenden Debatte zu den Rentenreform-Gesetzen fest: „Die Gesetzentwürfe führen durch Beitragserhöhungen zu einer stärkeren Belastung der Arbeiter und Angestellten. Der Anteil der Versicherten an den Sozialausgaben wird wesentlich erhöht, der des Bundes entsprechend reduziert. Die Bundeszuschüsse zu den Altersrenten kommen sogar völlig in Fortfall. Statt auch hier zu einer gerechteren Einkommensverteilung beizutragen, werden neue Ungerechtigkeiten zu Lasten der Arbeiter und Angestellten geschaffen.“

In Auswirkung der Rentenreform ist der Anteil der Bundeszuschüsse an den Gesamtausgaben von knapp 31 Prozent im Jahre 1957 auf fast 19 Prozent im Jahre 1967 zurückgegangen. Aber was Ollenhauer im Auftrage der SPD-Bundestagsfraktion 1957 kritisierte, wird von der CDU/CSU durch die sogenannte mittelfristige Finanzplanung mit Hilfe der SPD-Minister und der SPD-Bundestagsfraktion verstärkt fortgesetzt: Die Reduzierung der staatlichen Zuschüsse zu den Rentenversicherungen und die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitnehmer, so daß der Anteil der Bundeszuschüsse an den Ausgaben der Rentenversicherung voraussichtlich auf 15 Prozent zurückgehen wird.

Die SPD-Minister bezeichnen es als ihr Verdienst, daß die Angriffe aus dem Unternehmerlager auf die dynamische Rente bisher abgewehrt wurden. In Wirklichkeit aber wurde mit dem 2prozentigen Beitragsabzug für die Krankenversicherung auch die dynamische Rentenanpassung bereits unterhöhlt. Der Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten hat mit Recht in einer seiner Stellungnahmen darauf hingewiesen. Für die Knappschaftsrenten aber wurde zusätzlich festgelegt, daß sie in den nächsten Jahren an den Rentenanpassungen nicht voll teilnehmen sollen, da beabsichtigt ist,

ihre Berechnung ebenso wie die der neuen Knappschaftsrenten im Verlauf von fünf Jahren um 20 Prozent zu verschlechtern. Ein weiterer Präzedenzfall ist die Verschiebung der für das Jahr 1969 gesetzlich festgelegten ersten Berichterstattung über die Möglichkeit einer Anpassung der Kriegsofferrenten bis Ende des Jahres 1970.

Nach einer Verlautbarung der Ersatzkassen erhalten sie trotz des 2prozentigen Beitragsabzuges für Rentner künftig rund 200 Millionen DM jährlich weniger an Beitragszuschuß zur Rentner-Krankenversicherung. Das bedeutet in erster Linie eine Reduzierung der Rentenanpassung und nicht eine Hilfe für die Krankenkassen. Wer kann da noch den Beteuerungen über die Unantastbarkeit der dynamischen Rente Glauben schenken?

Offensichtlich hat der mit der mittelfristigen Finanzplanung erzielte massive Einbruch in den sozialen Bereich,

Gerd Siebert

MITBESTIMMUNG DRÜBEN

118 Seiten, 12 Bildseiten

DM 4,20

Bezugsnachweis: Gerd Siebert
205 Hamburg 80, Harnackring 31

besonders in die Rentenversicherung, die reaktionären Kräfte der Bundesrepublik ermuntert, weitere Angriffe in dieser Richtung vorzutragen. So haben der Bundesverband der Deutschen Industrie, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der BDA, der Gesamtverband der privaten Versicherungswirtschaft und der Bundesverband des privaten Bankgewerbes im Dezember in einer gemeinsamen Erklärung erneut die dynamische Rente angegriffen und ihre „Reform“ gefordert. Der Hauptgeschäftsführer des BDA, Dr. Eichler, hat auf der Mitgliederversammlung seines Verbandes ebenfalls eine Änderung der Leistungsstruktur der Rentenversicherung befürwortet und erklärt, daß andernfalls „schon in wenigen Jahren ... Beiträge von mehr als 20 Prozent notwendig“ seien.

Die Beitragserhöhungen aber sind nicht wegen der dynamischen Rente „notwendig“, sondern weil die Gelder der Sozialversicherung, wie zu Kaisers und Hitlers Zeiten, in die Rüstung gepumpt werden.

Verkehrsplan mit vielen Fragezeichen

Lebers Vorschlag: Große Worte und wenig Kapital Gewerkschaften müssen sich für Alternative einsetzen

Es ist still geworden um den im September vergangenen Jahres mit soviel Verschußloberern bedachten Plan des Verkehrsministers Georg Leber zur Lösung der Verkehrsprobleme in der Bundesrepublik. Wahrscheinlich handelt es sich dabei durchaus nicht um ein solches Wunderwerk, als das er zunächst gepriesen wurde.

Der Plan Lebers hatte bekanntlich folgende Schwerpunkte:

- Die Aufstellung eines Bundesverkehrsprogramms für Schienen-, Straßen-, Wasser- und Luftverkehr;
- die Automatisierung und Elektrifizierung des Gütertransports mit der Eisenbahn;
- die Modernisierung des Wagenparks der Bundesbahn bei gleichzeitiger Verringerung des Personalbestandes um ein Fünftel (rund 82 000 Beschäftigte) und die Stilllegung von 6500 km Eisenbahnstrecke;
- die zusätzliche Besteuerung des Güterfernverkehrs mit schweren Lkw;
- ab 1. Januar 1970 Verbot von Lkw-Transporten im gewerblichen Güter- und Werksfernverkehr für Getreide, Holz, Baustoffe, Erz, Kohle, Eisen, Stahl und sogenannte „Massengüter“.

Zwar wurde der Leber-Plan zunächst in der Öffentlichkeit sehr freundlich beurteilt, aber inzwischen wurden gewichtige Stimmen laut aus den unternehmerischen Wirtschaftsverbänden, die zahlreiche Abänderungen fordern. Besonders die Verbände des Güterfernverkehrs wandten sich gegen eine weitere steuerliche Belastung, und der Bundesverband Werkverkehr hat mit einer Verfassungsbeschwerde gedroht. Auch der Verband der Automobilindustrie hat protestiert, weil zu befürchten ist, daß durch die Verdrängung des Güterfernverkehrs von den bundesdeutschen Straßen die Lastwagenproduktion Einbußen erfahren wird. Es ist also durchaus anzunehmen, daß auf Druck von dieser Seite der Leber-Plan wesentliche Änderungen erfahren wird. Und das bedeutet eine noch stärkere Verschiebung der Lasten nach der Verbraucherseite.

Nun macht zweifellos die Verkehrsmisere in der Bundesrepublik eine durchgreifende Lösung des Verkehrsproblems notwendig. Die erschreckende Zahl der Toten und Verletzten im Straßenverkehr, die verstopften Straßen und die unzulänglichen Autobahnen wie auch der wachsende Güterverkehr in der hochindustrialisierten Bundesrepublik fordern eine Verkehrsplanung im Interesse der breiten Masse der Verbraucher und Verkehrsteilnehmer.

Die Voraussetzung dafür wäre eine drastische Erhöhung der Ausgaben für den Ausbau der Bundesstraßen und vor allem der Finanzhilfen für Städte und Gemeinden, um das kommunale Straßennetz zu modernisieren. Allein hierfür wären nach einer Gemeinde-Verkehrsenquête in den nächsten zehn Jahren mindestens 20 Milliarden DM erforderlich. Durch den Mineralsteuereinzuschlag von drei Pfennig, der den Gemeinden zweckgebunden zugeleitet wird, können allenfalls neun Milliarden aufgebracht werden. Ein Loch von elf Milliarden DM bleibt offen. Darüber aber ist im Leberplan nichts zu lesen, und der Verkehrsminister selbst weiß dazu nur zu sagen, daß er hoffe, Mittel und Wege zu finden, um den Gemeinden helfen zu können. Die Gemeinden aber brauchen Geld und keine unverbindlichen Versprechungen.

Eine Schlüsselrolle bei der Lösung der Verkehrsprobleme kommt unbestreitbar der Bundesbahn zu. Ohne ihre grundlegende Modernisierung ist auch auf den Straßen keine Ordnung möglich. Modernisierung der Bundesbahn bedeutet, daß die Bundesregierung wesentlich mehr als bisher an finanziellen Mitteln bereitstellen müßte. Das wird auch im Verkehrsministerium nicht bestritten, denn Lebers Staatssekretär Holger Börner — Gewerkschafter wie Leber — erklärte: „Die Bundesbahn muß sinnvoll investieren, aber es ist die Aufgabe der Politik, die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen.“

Hier steht im Vordergrund zunächst die Stilllegung von 6500 km Eisenbahnstrecke und die „Einsparung“ von 82 000 Bundesbahnbeschäftigten. Von mehr Geld ist keine Rede, im Gegenteil, der Zuschuß für die Bundesbahn soll gekürzt werden. Bis 1972 ist vorgesehen, der Bundesbahn Investitionsmittel in Höhe von 12,5 Milliarden DM zuzuweisen, um den Betrieb zu rationalisieren und zu modernisieren. Das erscheint zunächst als sehr hohe Summe, aber umgerechnet sind es pro Jahr nur 2,5 Milliarden DM, und das ist weniger, als der Bundesbahn in den letzten Jahren für Rationalisierungsinvestitionen zur Verfügung standen. Es wird ein Geheimnis Georg Lebers bleiben, wie unter diesen Voraussetzungen die Bundesrepublik bis 1980 ein neues Eisenbahnnetz bekommen wird und künftig zwischen den wichtigsten Städten der Bundesrepublik in

Abständen von einer halben bis zu einer Stunde moderne Züge mit einer Geschwindigkeit von 250 Stundenkilometer verkehren sollen.

Das wirtschaftliche Ergebnis der Bundesbahn, das darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, ist durch die hohen Fremdverschuldungen sowie die betriebsfremden und politischen Lasten weitgehend verfälscht. Der Bund zahlt gegenwärtig, wie die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) festgestellt hat, an Zuwendungen für die Bundesbahn einschließlich der Abgeltung politischer Lasten nicht mehr, als sie für ihren Kapitaldienst benötigt. Die Bundesbahnanleihen werden heute vor allem benutzt, um alte Schulden zu tilgen und nicht, um dringend notwendige Investitionen vorzunehmen. Der Tilgungsbedarf der Bundesbahn belief sich 1967 auf 1,85 Milliarden DM. Um die Finanzschwierigkeiten der Bundesbahn zu beheben, ist jedoch nicht nur ein Ersatz für die betriebsfremden Lasten notwendig, sondern vor allem auch eine Stärkung der Eigenkapitalbasis. Aber auf diese Fragen und Probleme gibt der Leber-Plan keine eindeutige Antwort. Die Zechen des Leber-Plans hat außer den Eisenbahnern die große Mehrheit der Verkehrsteilnehmer und Verbraucher durch zusätzliche Besteuerungen zu zahlen, ganz gleich, wie die Auseinandersetzung um die Einzelteile des Gesamtplans ausgehen wird.

Es scheint kein Zufall, daß ausgerechnet der Sozialdemokrat Leber mit der Aufgabe betraut wurde, das Verkehrschaos in der Bundesrepublik zu entwirren. Sein Amtsvorgänger Seebohm konnte als CDU-Minister das Problem nicht lösen. Es gehört zweifellos zur Taktik der in der Bundesrepublik herrschenden Finanz- und Wirtschaftsmanager, mit derartigen Aufträgen ihre sozialdemokratischen „Koalitionspartner“ zu beglücken und zu verschleißen.

Bis der Leber-Plan in ein entscheidendes Stadium tritt, wird noch einige Zeit vergehen, denn im Augenblick besteht über die Einzelheiten des Planes selbst in der Bundesregierung noch keine Einigkeit. Es ist wichtig, daß die Gewerkschaften sich nicht durch eine allzu oberflächliche Betrachtung des Leber-Planes zu einer voreiligen Euphorie verleiten lassen. Richtiger ist es, wenn der DGB und die durch den Leber-Plan am stärksten betroffenen Gewerkschaften sich dazu entschließen würden, einen Alternativplan auszuarbeiten, der auf die Interessen der breiten Masse der Verkehrsteilnehmer und Verbraucher ausgerichtet ist. Die Kosten der Verkehrsplanung müssen die „Großen“ zahlen: Die mit hohen Gewinnen arbeitenden Mineralöl- und Autokonzerne. Und was die Regierung beizutragen hat, kann an den Rüftungsausgaben gespart werden. H. S.

Blick in die Welt

Britische Arbeitnehmer Opfer der Pfund-Abwertung

Die Abwertung des britischen Pfundes, die in Großbritannien zur Verteuerung der Importe geführt hat und bereits beginnt, das inländische Preisniveau anzuhoben, wird letztlich von den Arbeitnehmern mit Lohnverzicht und sinkender Kaufkraft von Löhnen und Gehältern bezahlt werden müssen. Zur Zeit geben sich die Labourregierung und der allmächtige Industrieverband CBI große Mühe, mit Seelenmassage und Drohungen die Gewerkschaften von Lohn- und Gehaltsforderungen abzuhalten, während gleichzeitig die Unternehmer „gebeten“ werden, mit Preiserhöhungen „sehr vorsichtig“ zu sein.

CBI warnte in einer Erklärung die Gewerkschaften, die Steigerung der Lebenshaltungskosten gleich für Lohnforderungen auszunutzen. Die Regierung wurde aufgefordert, den vor einhalb Jahren verfüigten Lohnstopp, der sich seit einigen Monaten langsam wieder zu lockern begann, aufrechtzuerhalten.

Die Führung des britischen Gewerkschaftsverbandes Trades Union Congress (TUC) hat dem vereinten Drängen von Regierung und Industrie inzwischen weitgehend nachgegeben und erklärt, daß sie einen freiwilligen Lohnstopp akzeptiere, aus dem allerdings die Mindestlöhne ausgenommen werden müßten. Nach dem Willen der TUC-Führung soll es weiterhin bei der jetzt praktizierten Methode der „Vor anmeldung“ von Lohnforderungen bleiben. Danach muß der TUC die Forderung einer Einzelgewerkschaft genehmigen.

Diese Erklärung des TUC spiegelt jedoch nicht die tatsächliche Stimmung in den Einzelgewerkschaften wider. Mehrere dieser Gewerkschaften haben wissen lassen, daß sie nicht in jedem Falle den Empfehlungen ihres Spitzenverbandes und der Regierung folgen werden. Sie sind gewillt, die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren. Die britischen Arbeitnehmer seien nicht bereit, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Maschinenbauarbeiter, die aus der Pfundabwertung folgenden Probleme allein auf sich zu nehmen.

P. Garriat

Zunehmende Arbeitslosigkeit in Frankreich

Neuesten Statistiken zufolge gab es im Oktober 1967 in Frankreich 215 800 bei den Arbeitsämtern registrierte Arbeitsuchende. Wie jedoch der französischen Presse in Berichten am Jahresende zu entnehmen war, liegt die Zahl der tatsächlichen Arbeitslosen

etwa auf doppelter Höhe. Damit hat Frankreich zur Zeit weit über 100 000 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr. In den Wirtschaftsprognosen werden für 1970 rund 700 000 beschäftigungslose Arbeitnehmer vorhergesagt.

Der große französische Gewerkschaftsbund CGT hat zur Herbeiführung sozialer Sicherheit für die Arbeiter und Angestellten eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die die Ähnlichkeit der Problematik in Frankreich mit der in der Bundesrepublik erkennen lassen: Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich; Vorverlegung des Rentenalters; Verhinderung von Entlassungen; Sicherung der Arbeitsplätze bei Konzentration oder Verschmelzung von Unternehmen; Erweiterung und Verbesserung der Berufsausbildung und Entschädigung bei zeitlich begrenzter Arbeitslosigkeit.

cy

Zum erstenmal 100 Millionen Tonnen Stahl

Die Sowjetunion hat zum Schluß des Jahres 1967 zum erstenmal seit ihrem Bestehen eine Jahresproduktion von 100 Millionen Tonnen Stahl erreicht. Diese Nachricht ist in der gesamten UdSSR mit Genugtuung zur Kenntnis genommen worden als Ausdruck stetigen Wachstums der Industrie, die die Basis für den steigenden Lebensstandard bildet.

Im Vor-Weltkriegsjahr 1913 erzeugte das zaristische Rußland 4,3 Millionen Tonnen Stahl. Der Neubeginn nach der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 lag nahezu auf dem Nullpunkt; 1940 wurden schließlich 18,3 Millionen Tonnen produziert. Die 100 Millionen Tonnen des Jahres 1967 sind ein Fünftel der gesamten Stahlproduktion der Welt.

Bis 1970 werden nach den Wirtschaftsplanen der Sowjetunion weitere Objekte in Betrieb genommen, die 11,8 Millionen Tonnen Roheisen, 16,4 Millionen Tonnen Stahl, 13,1 Millionen Tonnen Walzgut, 2,85 Millionen Tonnen Stahlrohre erzeugen und 112,3 Millionen Tonnen Eisenerz gewinnen sollen.

Protest gegen Verhaftungen in Spanien

In Telegrammen an die spanischen Minister des Innern und der Justiz hat der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, gegen die in vielen Teilen Spaniens erfolgten Verhaftungen von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Mitgliedern der betrieblichen Arbeiterkommissionen protestiert. Die IG Metall forderte die spanische Regierung auf, die politischen Gefangenen freizulassen und die Verfolgungen einzustellen.

PERSONALIEN

Conrad Ahlers, stellvertretender Bundespressekchef, bezichtigte auf einer SPD-Unterbezirkskonferenz in Dortmund die Gewerkschaften der „Stimmungsmache“ und „Agitation“ gegen die Große Koalition.

Walter Fritze, Pressechef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, feiert am 7. Januar seinen 60. Geburtstag. Walter Fritze steht seit 1960 an der Spitze der Pressestelle des DGB.

Mr. Hayday, Vorsitzender des Internationalen Komitees der britischen Gewerkschaften, besuchte als Leiter einer britischen Gewerkschaftsdelegation den DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf. In dem Meinungsaustausch über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die nach dem beabsichtigten Beitritt Großbritanniens zur EWG zu lösen sind, betonte Hayday die dringende Notwendigkeit, eine europäische Gewerkschaftspolitik zu entwickeln.

Dr. Otto Kunze und Dr. Wolfgang Spieker wurden vom DGB-Bundesvorstand als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes benannt, die als beratende Mitglieder der Mitbestimmungskommission der Bundesregierung angehören sollen. Dr. Kunze ist Justiziar beim DGB-Bundesvorstand und Dr. Spieker ist Rechtsberater beim Düsseldorfer Zweigbüro des IG Metall-Hauptvorstandes.

Georg Meany, Präsident des US-amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL/CIO, erklärte auf dem Jahreskongreß seiner Organisation im Dezember in Miami, er werde eine neue Kandidatur Johnsons bei den Präsidentschaftswahlen 1968 im Namen der Mitglieder von AFL/CIO unterstützen. Meany, dessen militante antikommunistische Politik bereits zu großen Spannungen in der IBFG-Weltorganisation geführt hat, begründete die Unterstützung Johnsons u. a. mit der Vietnampolitik des amerikanischen Präsidenten, die, wie er behauptete, von den Arbeitern unterstützt werde.

Fritz Strothmann, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für die Vertrauensleute- und Betriebsrätearbeit, wurde am 29. Dezember 1967 60 Jahre alt. Strothmann trat 1924 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei, verbrachte drei Jahre in faschistischen Konzentrationslagern und gehört seit 1953 dem geschäftsführenden Vorstand der IG Metall an.

Heinz Vietheer, Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, wurde im Dezember 1967 auf der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation für Angestellte und Geistesarbeiter zum Präsidenten der Arbeitnehmergruppe gewählt. Vietheer vertrat auf dem 14tägigen Kongreß der ILO den DGB.

TERMIN

KALENDER

- **5.—8. März**
3. Internationale Automationstagung der IG Metall zum Thema „Computer und Angestellte“ in Oberhausen.
- **13.—17. Mai**
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder in Offenbach/Main.
- **4.—8. Juni**
Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für Lehrer und Erzieher in Nürnberg.
- **7.—9. Juni**
Neuwahlen für die Selbstverwaltungsorgane von rund 2100 Sozialversicherungsträgern der gesetzlichen Kranken-, Renten- und Unfallversicherung in der Bundesrepublik und in West-Berlin.
- **23.—27. Juni**
9. ordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Dortmund. Antragsschluß am 17. März.
- **30. Juni—6. Juli**
6. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in München.
- **22.—24. August**
6. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Kiel.
- **2.—7. September**
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in München.
- **16.—20. September**
7. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen in Bremen.
- **16.—21. September**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in West-Berlin.
- **30. September — 4. Oktober**
9. ordentlicher Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Koblenz.
- **7.—11. Oktober**
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Bremen.
- **13.—17. Oktober**
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Land- und Forstwirtschaft in Erbach/Odw.
- **20.—26. Oktober**
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Koblenz.
- **29.—30. Oktober**
6. Bundesangestelltentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg.
- **21.—22. November**
7. Deutscher Beamtentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.
- **22.—23. November**
7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.

Nun bald alle Mieter „frei“

**Demontage des sozialen Mietrechtes geht weiter
Geänderte „Sozialklausel“ kein echter Mieterschutz**

Zu Beginn dieses Jahres wurden in 29 „schwarzen“ Kreisen und 87 noch „schwarzen“ Gemeinden in schon „weißen“ Kreisen mit den Lückegesetzen der Kündigungsschutz für Mieter und die Mietpreisbindung aufgehoben. Nur für acht Kreise der Bundesrepublik wurde der Schlußtermin für das Inkrafttreten der Lückegesetze bis zum 31. Dezember 1968 verlängert, während der Bundestag für West-Berlin (wohl wegen dessen „Schaufenster“-Funktion zur DDR) eine Ausnahmeregelung beschlossen hat. Aber auch in den „schwarzen“ Kreisen können die Hausbesitzer die Altbaukosten um 10 Prozent erhöhen, wobei das auch hier nicht die erste Mieterhöhung ist.

Zu den Kreisen, die seit dem 1. Januar „weiß“ sind, gehören mehrere große Städte, wie Stuttgart, Hannover, Aachen, Düsseldorf und Köln. Schon im Dezember des vorigen Jahres wurden für zahlreiche Mieter dieser neuen „weißen“ Kreise die unsozialen Auswirkungen der Bonner Mietgesetze spürbar, obwohl nach dem formalen Recht weder eine Mieterhöhung noch eine Wohnungskündigung vor dem 1. Januar dieses Jahres erfolgen durfte. So wurden beim Kölner Mieterverein im Laufe des Monats Dezember zahlreiche Wohnungskündigungen und Mieterhöhungen gemeldet, darunter Mieterhöhungen für einfache Wohnungen um das Dreifache!

Die Änderung der sogenannten Sozialklausel, die als soziale Tat des SPD-Wohnungsbauministers Lauritzen gepriesen wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD-Führung auch in der Wohnungsbau- und Mietpolitik auf den Kurs der CDU/CSU eingeschwenkt ist. Der soziale Wohnungsbau ist tot: Den mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungsbau mit einem Quadratmeter-Mietpreis von 3 DM und mehr kann man nicht mehr als „sozial“ bezeichnen. Die Änderung der „Sozialklausel“ aber besteht im wesentlichen darin, daß aus der bisherigen Fassung ein Halbsatz (in folgender Wiedergabe des Wortlautes in Klammern gesetzt) gestrichen wurde. Nach der „Sozialklausel“ kann der Mieter einer Wohnungskündigung widersprechen, wenn „die Beendigung des Mietverhältnisses (wegen besonderer Umstände des Einzelfalles) einen Eingriff in die Lebensverhältnisse des Mieters oder seiner Familie bewirkt, dessen Härte auch unter voller Würdigung der Belange des Vermieters nicht zu rechtfertigen ist.“

Nach wie vor ist die „Sozialklausel“ ein Kautschuk-Paragraph, dessen Auslegung im Ermessen der Gerichte liegt, die bei den bisherigen Räumungsprozessen in 98 von 100 Fällen gegen die Mieter entschieden haben. Vielleicht wird jetzt der Prozentsatz der Urteile zugunsten der Mieter ein wenig steigen. Jeder Widerspruch und nachfolgende Prozeß gegen eine Wohnungskündigung ist aber für den Mieter mit einem großen finanziellen Risiko, den Prozeßkosten, verbunden, die bei einer Wohnung mit 100 DM Monatsmiete

fast 1200 DM erreichen, sofern der Prozeß durch zwei Instanzen geführt wird. Da der Mieter sich aber gegenüber dem Hausbesitzer in der Regel in der sozial schwächeren Position befindet, wird er auch bei der geänderten „Sozialklausel“ oft die Kündigung seiner Wohnung ohne Widerspruch hinnehmen müssen, weil er dieses Risiko nicht eingehen kann. -le

Krankenkassen-Beiträge steigen noch höher

Die Ersatzkrankenkassen, aber auch die allgemeinen Krankenkassen, haben für 1968 erhebliche Beitragserhöhungen in Aussicht gestellt. Wie ein Sprecher des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen kürzlich in Bonn mitteilte, werden 1968 infolge politischer Entscheidungen des Bundestages Beitragserhöhungen „in bisher nicht dagewesenem Ausmaß“ erforderlich, um die wachsenden Belastungen der Krankenkassen abzufangen. Der Sprecher nannte insbesondere das Finanzänderungsgesetz und die Auswirkungen der Mehrwertsteuer als Ursachen für die zu erwartenden Beitragserhöhungen.

Zu guter Letzt:

Der Bundeswirtschaftsminister, Karl Schiller, erklärte zum Ausgang des vergangenen Jahres — geistreich wie immer: „In der Silvesternacht sollte man eigentlich ein Prosit auf den Verbraucher ausbringen: Entweder gibt er im kommenden Jahr den Ton an, oder er bezahlt die Zeche.“ — Wieso oder?

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat.
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9.
Telefon 3638, Postscheckkonto Stuttgart 96019.
Redaktion: Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Hornackerling 31, Tel. 738 58 28.
Für den Inhalt der Briefe kann keine Verantwortung übernommen werden. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.
Druck: Max Kristeller, Hamburg-Altona, Winterstraße 9/11.
Einzelpreis 0,75 DM, Halbjahres-Abonnement 4,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr.
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.